

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

169. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode Dienstag, 16. und Mittwoch, 17. Dezember 1969

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970
 Spezialdebatte
 Beratungsgruppe III: Äußeres

Inhalt

Personalien

Krankmeldung (S. 14529)

Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 14550)
 Zurückziehung eines Ausdruckes durch Abg.
 Peter (S. 14550)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortungen (S. 14529)

Ausschüsse

Zuweisung der Regierungsvorlage 1484
 (S. 14529)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses
 über die Regierungsvorlage (1388 d. B.):
 Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1462
 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe III: Kapitel 20: Äußeres
 Spezialberichterstatter: Steiner (S. 14529)
 Redner: Dr. Scrinzi (S. 14530), Dr. Fiedler
 (S. 14536), Czernetz (S. 14541),
 Bundesminister Dr. Waldheim (S. 14550)
 und Fröhbauer (S. 14553)
 Annahme der Beratungsgruppe III (S. 14555)

Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage
 der Abgeordneten Machunze und Genossen
 (1412/A. B. zu 1411/J)
 des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten
 Dr. Scrinzi und Genossen (1413/
 A. B. zu 1424/J)

Beginn der Sitzung: 13 Uhr 40 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,
 Dritter Präsident Wallner.

Präsident Wallner: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete Eberhard.

Eingelangt sind zwei Anfragebeantwortungen, die den Fragestellern zugegangen sind. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Die in der letzten Sitzung als eingebracht bekanntgegebene Regierungsvorlage: Bundesgesetz betreffend Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen, weise ich dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1388 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1462 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe III

Kapitel 20: Äußeres

Präsident Wallner: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1388 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1462 der Beilagen).

Spezialdebatte über die Beratungsgruppe III, Kapitel 20: Äußeres.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Steiner. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Steiner: Hohes Haus! Im Auftrage des Finanz- und Budgetausschusses bringe ich den Spezialbericht zur Beratungsgruppe III, Kapitel 20: Äußeres.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 20 des Bundesvoranschlages für das Jahr 1970 am 20. November 1969 der Vorberatung unterzogen.

Im vorliegenden Entwurf zum Bundesvoranschlag 1970 sind bei Kapitel „Äußeres“ Ausgaben in der Höhe von 412,621.000 S und Einnahmen in der Höhe von 8,671.000 S ausgewiesen.

14530

Nationalrat XI. GP. — 169. Sitzung — 16. Dezember 1969

Steiner

Besonders muß darauf hingewiesen werden, daß in dieser Gesamtausgabensumme von 412,621.000 S ein Betrag von 72,937.000 S für Beiträge Österreichs zu internationalen Organisationen enthalten ist.

Dadurch sind im Jahre 1970 für das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten selbst lediglich 339,684.000 S veranschlagt. Für Liegenschaftserwerb sind 2,003.000 S vorgesehen.

An der Debatte über das Kapitel 20 beteiligten sich außer dem Spezialberichterstatler und dem Herrn Bundesminister elf Abgeordnete.

Im übrigen darf ich auf den gedruckt vorliegenden Ausschlußbericht verweisen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt als Ergebnis seiner Beratungen somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen: Dem Kapitel 20: Äußeres, des Bundesvoranschlages für das Jahr 1970 (1388 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Weiters beantrage ich, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident **Wallner**: Wir gehen nunmehr in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit 50,3 Prozent haben wir eben Südtirol dem Ermessen, dem Wohlwollen, der Willkür Italiens überlassen. Mit 0,41 Prozent der Ausgaben des Haushaltes werden wir den Rest der Außenpolitik für 1970 bestreiten.

Der Bedeutung der Relation dieses Budgetansatzes entspricht ja auch die Anwesenheit im Hause hier, und Sie werden deshalb mit mir einig sein, daß offensichtlich im besonderen von der Regierungspartei eine Diskussion über wirkliche außenpolitische Fragen nicht gesucht wird, es sei denn, der neue Herr Spezialberichterstatler trüge neue Akzente in die Debatte hinein. Ich weiß es noch nicht. Ich hatte bisher nicht das Vergnügen, ihn in dieser Eigenschaft als außenpolitischen Spezialisten im Hause erleben zu können.

Herr Bundesminister für Äußeres, wir sind gestern und heute, wie ich meine, sachlich sehr hart aneinandergeraten. Aber nun hoffe ich doch, Ihre Zustimmung in einem Punkt wenigstens zu erhalten, daß man mit den Mitteln, die man Ihrem Ministerium zur Verfügung stellt, eine ernste Außenpolitik nicht betreiben kann, wenigstens nicht, was die unabdingbaren materiellen Voraussetzungen einer solchen Politik anlangt.

In diesem Zusammenhang ist es mir eine überzeugte Pflicht zu bestätigen, daß trotz

dieser in jeder Richtung unzulänglichen Mittel die Beamten Ihres Ministeriums, die Angehörigen des Diplomatischen Korps, alle Mitarbeiter Ihres gewiß nicht leichten Amtes — die Südtiroldebatte hat ja unter Beweis gestellt, daß man hier im harten Sperrfeuer liegt —, diese schwere Arbeit trotzdem nach bestem Wissen und Gewissen und im Rahmen, der ihnen durch dieses Budget gesteckten denkbaren Möglichkeiten auch erfolgreich gearbeitet haben. *(Beifall bei der FPO.)*

Ich kenne die harten Bedingungen, ich hatte im Laufe der letzten Jahre sowohl in meiner Eigenschaft als Abgeordneter, aber auch privat Gelegenheit, mit einer Reihe von Auslandsvertretungen einen persönlichen Meinungsaustausch pflegen zu können, und ich habe den Eindruck, daß Österreich hier von aufrichtigen Treuhändern seiner Interessen vertreten wird. Keine leichte Vertretung, wenn man die Dimensionen der weltpolitischen Potenzen mit dem vergleicht, was dieser kleine, zwischen Machtblöcken eingeklemmte Staat Österreich dagegen ins Feld und ins Treffen zu führen hat.

Aber erlauben Sie mir, daß ich gleich, ich möchte sagen, stellvertretend für manches, was in der Gesamtverwaltung zu kritisieren wäre, meiner Verwunderung Ausdruck gebe, daß man trotz der Mittel- und Personalknappheit unserer Auslandsvertretungen diese Vertretungen mit solchen Dingen *(der Redner zeigt ein Druckwerk)* beschäftigt. Vor mir liegt das Handbuch zur Erhebung der Verbraucherpreise in ausländischen Dienstorten im Oktober 1969. Ich habe mir von diplomatischen Vertretern sagen lassen, daß in sämtlichen österreichischen Auslandsvertretungen nunmehr an Hand dieses 219 hektographierte Seiten umfassenden Buches Erhebungen getroffen werden müssen, um die Lebenshaltungskosten dieser Diplomaten und ihres Personals festzustellen.

Es ist eine ungemein gründliche Arbeit, die das Statistische Zentralamt geleistet hat. Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen nicht eine kleine Auslese jener Fragen ersparen, die hier außerordentlich gewissenhaft in allen Auslandsvertretungen erhoben wurden. Der dortige verantwortliche Diplomat hat mir gesagt, daß zwei seiner Konzeptsbeamten 14 Tage lang damit beschäftigt waren, die Geschäfte der betreffenden Stadt abzuklappern, um einen gewaltigen Stoß von Fragebögen mit zahlreichen Fragen auszufüllen, die dann, wie ich mich belehren ließ, nach Österreich geschickt werden, wo sie, wenn sie aus den zwar unzureichenden, aber doch relativ zahlreichen Auslandsvertretungen zusammenkommen, wahrscheinlich die Aktenregister einer

Dr. Scrinzi

ganzen Serie von Amtszimmern vorerst einmal belasten, wo sie dann wieder ebenso gewissenhaft wie von den diplomatischen Konzeptsbeamten bei der Erhebung ausgewertet werden.

Was erscheint so wichtig, um die Lebenshaltungskosten unserer Diplomaten beziehungsweise Vertreter im Ausland feststellen, objektivieren zu können? Von folgenden Dingen ist hier die Rede: Absatzreparatur, Biluxlampe, Coca-Cola, Damenunterkleid, Essig, Fruchtsaft, Glühbirne, Halbfettkäse, Herrenunterhosen, Joghurt, Kino, Kugelschreiber, Margarine, Pilzkäse, Rasierklingen, Schuhcreme, Schnittbohnenkonserve, Tageszeitung, Trockensuppe, Verbandwatte, Windeln und Wundpflaster — wahrscheinlich die Wundpflaster, die man dann auf die österreichische Außenpolitik kleben muß — und Zuckererbsekonserven.

Ich habe aus jedem alphabetischen Kapitel nur eine besonders bezeichnende Sache ausgewählt, um den Wahnsinn eines solchen Unternehmens zu demonstrieren. Hunderte von Beamten werden wochenlang damit beschäftigt. Zehntausende von Fragebögen werden ausgefüllt, damit man feststellen kann, wieviel Dollar, Pfund, Mark oder Francs man den Auslandsvertretern geben muß, damit sie in dem entsprechenden Land einigermaßen standesgemäß leben können.

Die Entschuldigung steht gleich drin: Nach diesem so nachahmenswerten Beispiel ist nämlich die Bundesrepublik vorgegangen. Da konnte es Österreich natürlich nicht unterlassen, es ihr gleichzutun.

Wie gewissenhaft man war, geht noch aus einer Fehlerberichtigung dieses Verzeichnisses hervor. Da wird festgestellt, daß durch nachträgliches Einfügen eines Blattes die Seitenangaben der alphabetischen Warenliste gegenüber dem Handbuch jeweils um zwei Seiten differieren, so zum Beispiel — für die etwas Begriffsstützigeren offensichtlich —: Absatzreparatur scheint nicht auf Seite 158, sondern auf Seite 160 auf. Es wird gebeten, dies zu entschuldigen. — Das entschuldigen wir schon, aber den Unfug, in diesem Umfang qualifizierte Beamte um ihre Zeit zu bringen, entschuldigen wir von der freiheitlichen Opposition auf gar keinen Fall.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß etwa die VOEST oder ein größerer privater Betrieb, der Auslandsvertretungen unterhält, ein solches Druckwerk benötigt, um feststellen zu können, welche Diäten er diesen seinen Auslandsvertretern reichen kann.

Ich sehe davon ab, daß echte kostenverursachende Faktoren nicht enthalten sind, denn

woher sollte das Statistische Zentralamt wissen, daß es selbstverständlich für einen Gesandten oder Botschafter in New York, Washington oder Paris wichtig und belastend ist, daß etwa die Schulkosten für die Kinder, die er dort in die Schule schicken muß, zum Teil das Mehrfache dessen ausmachen, was ein schlichter österreichischer akademischer Beamter im Inland überhaupt verdient? Das ist darin nicht enthalten, wohl aber die Absatzreparatur! Hier — nur das kann man sagen — ist der Amtsschimmel mehr als schizophoren geworden!

Ich möchte Sie, Herr Bundesminister, sehr bitten, diesem Unfug möglichst bald ein Ende zu setzen. Vielleicht bleiben uns dann doch mehr Mittel, um die echten Ansatzposten des Kapitels Äußeres zu erhöhen.

Denn sehr viel wichtiger wäre es gewesen, die Auslandsvertretungen zu vermehren. Wir mußten schon im vergangenen Jahr sowohl im Ausschuß wie auch hier im Hause darauf hinweisen, daß es noch immer Kontinente gibt, in denen wir nicht oder fast nicht — um also etwas präziser zu sein — vertreten sind. Ich könnte Ihnen einen Gesandten nennen, der kein Personal hat, der also mit diesem Handbuch selber 14 Tage lang Gasse auf Gasse ablaufen mußte und sich bitter darüber beschwert hat, weil er diese Erhebungen treffen mußte.

Ich muß noch einmal darauf zurückkommen, damit Sie die Köstlichkeiten dieses Buches wirklich genießen. (*Abg. Zankl: Das ist reif für ein Witzblatt!*) Alle diese Dinge mußten nicht nur einmal festgestellt werden, sondern sie waren zunächst in einem Geschäft der mittleren Kategorie festzustellen. Es wurde nicht nur festgestellt, daß dort die Zuckererbsekonserven 5 Cent kosten, sondern es kamen auch Name und Adresse des Geschäftes dazu. Ferner kam die Feststellung dazu, ob die Warenbeschreibung der Wirklichkeit entsprach oder nicht. Außerdem gab es zusätzliche Bemerkungen: Ob zum Beispiel das Grün der Zuckererbsekonserven entsprechend war oder nicht. (*Abg. Dr. Pittermann: Herr Kollege! Ob der Betreffende beim Wirtschaftsbund oder woanders organisiert war, ist nicht gefragt worden?*) Das weiß ich nicht. Vielleicht habe ich es vermieden, die statistischen Blätter umzudrehen. Vielleicht hätte ich dann hinten noch einen diesbezüglichen Vermerk gefunden.

Dann war dasselbe in einem Geschäft der oberen Kategorie festzustellen. Sodann waren in jedem Fall — meine Herren, ich habe alle diese Blätter durchgeschaut — die besonderen Bezugsbedingungen der Vertretungsbehörde festzuhalten. Ich verstehe: Der Herr Finanzminister wollte selbstverständlich dann, wenn

14532

Nationalrat XI. GP. — 169. Sitzung — 16. Dezember 1969

Dr. Scrinzi

der Diplomat bei einer Schuhabsatzreparatur einen Diplomaten-Rabatt von 5 Prozent bekam, daran, ich weiß nicht, ob zur Gänze oder wiederum nach einem Verteilungsschlüssel, teilhaben.

Herr Bundesminister! Ich bin überzeugt, ich finde in diesem Zusammenhang bei Ihnen ein offenes Ohr, und Sie werden dafür sorgen, daß die an sich überforderten Diplomaten und Auslandsvertreter nicht mit solchen Kinkerlitzchen befaßt werden, dies selbst dann, wenn in diesem Falle das bundesdeutsche Beispiel maßgebend gewesen sein sollte.

Meine Damen und Herren! Diese außenpolitische Debatte vollzieht sich außer vor einem leeren Haus in einem Augenblick, in dem die Welt von Konferenzen überschwemmt wird. In einer Welt, wo die entscheidenden Dinge von zwei Supermächten hinter verschlossenen Türen beschlossen werden, ist es notwendig, daß man dem besorgten Weltbürger das Gefühl gäbe, es geschähe wirklich etwas. Daß etwas geschieht, wird in großartigen Konferenzen transparent: EWG-Gipfel in Brüssel, Warschauer-Pakt in Moskau, NATO-Minister-Konferenz in Brüssel, Grenzverhandlungen zwischen China und Rußland, Vietnam-Friedenskonferenz in Paris, Abrüstungskonferenz in Genf, Vier-Mächte-Besprechungen in Panmunjon, Konferenzen sonder Zahl über den Nahen Osten, und schließlich Gespräche in Helsinki, wenn ich von den laufenden Konferenzen der UNO und den vergleichbaren Organisationen absehe.

Meine Damen und Herren! Ein kleiner und neutraler Staat wird seine Außenpolitik im wesentlichen — im wesentlichen — darauf abstellen, daß seine eigene Konstellation von den Machtkonstellationen in der großen Welt bestimmt wird. Die Aufgabe seiner Außenpolitik wird es sein, auf diese Machtkonstellationen früh und möglichst richtig zu reagieren. Im Zusammenhang mit den laufenden Konferenzen spielt in der Mentalität und im Bewußtsein der Öffentlichkeit die europäische Sicherheitskonferenz seit geraumer Zeit eine besondere Rolle. Es ist eine europäische Sicherheitskonferenz, von der viele besorgte, friedliebende Menschen dieser Welt, insbesondere aber des alten europäischen Kontinents, erwarten, daß sie entscheidend zur Entspannung und zur Abrüstung der Arsenale beitragen möge, die die beiden Weltmächte auf diesem Kontinent jenseits der in Jalta und Potsdam festgelegten Demarkationslinie deponiert haben.

Die Balanced-Force-Reduction spielt in dem Denken der Menschen im Zusammenhang mit dieser von den Russen so penetrant anvisierten Sicherheitskonferenz eine große Rolle.

Die ausgewogene Reduktion von Waffen und Truppen in diesem Kontinent, die Schaffung eines cordon sanitaire zwischen den beiden Supermächten quer durch Europa ist für sie von Wichtigkeit.

Meine Damen und Herren! Ich glaube aber, wir müssen uns darüber im klaren sein, daß aber, sosehr jede Maßnahme und jeder Versuch, das lebensbedrohende Potential von atomaren und ähnlich wirkenden Waffen zu verringern, zu begrüßen ist, eine solche echte Abrüstung erst möglich und letzten Endes auch erst zielführend sein wird, wenn die ihr zugrunde liegenden politischen Spannungen beseitigt werden.

Wir haben, sosehr wir das Bemühen um eine solche Sicherheitskonferenz unterstützen, doch Bedenken, daß diese Sicherheitskonferenz in erster Linie daraufhin angelegt ist, auf der einen Seite den von uns so hoffnungsvoll begrüßten westeuropäischen Initiativen ihren Impuls zu nehmen, und auf der anderen Seite einen Zustand in Europa zu verewigen, der nicht geeignet ist, die Basis künftiger oder gar dauernder Entspannungen und Sicherheit zu werden.

Ich bin der Meinung, Österreich dürfte, solange es als kleiner neutraler Staat anerkannt ist und solange es sich gerade aus dieser Position heraus berufen fühlt, ein Gewissen der Völker zu sein, einer solchen Sicherheitskonferenz nicht das Wort reden, als eben die Gewißheit nicht besteht, daß die Tagesordnung dieser Sicherheitskonferenz auch darauf abzielt, die Ursachen der bedrohlichen Blockbildungen zu beseitigen. Der Unordnung, dem Nichtfriedenszustand, in dem sich die Welt und in dem sich insbesondere Europa 25 Jahre nach der zweiten großen Weltkatastrophe noch immer befindet, muß damit ein Ende gesetzt werden.

Ich glaube auch, daß — wie es in einem Zeitungstitel der letzten Tage heißt — es die Sorge Moskaus ist, daß die Fliehkraft der „Satelliten“ ständig zunehme und der Kraftaufwand nach den Erfahrungen mit der Tschechoslowakei, diese Fliehkraft zu parallelisieren, immer größer werden muß, welche den Ruf und die Forderung nach dieser Sicherheitskonferenz dort so besonders nachdrücklich und eindringlich laut werden läßt. Ich glaube, daß im Vorfeld dieser nun überall laufenden diplomatischen Bemühungen um diese Konferenz Österreich auf seine prekäre Lage einerseits und andererseits auf seine Verantwortung den Grundsätzen gegenüber, die nach 1945 so feierlich proklamiert wurden, Rücksicht nehmen und diese Leitsätze zur Richtschnur seines Handelns machen muß.

Dr. Scrinzi

Wir Freiheitlichen sind aus dem Grunde davon überzeugt, daß dies notwendig ist — das haben wir auch schon in der Südtiroldebatte geltend gemacht —, weil nur die feierlichen, auf Recht, auf Menschenrechte gegründeten Vereinbarungen, der Verzicht auf die Gewaltanwendung, zu der sich alle Mitglieder der UNO mit ihrer Unterschrift und mit ihrem Beitritt zu dieser Organisation verpflichtet haben, weil ausschließlich das Vertrauen auf diese Einrichtung, das ständige Bemühen, dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen, geeignet sind, in dieser bedrohten und friedlosen Welt Frieden, Sicherheit und Wohlstand auf Dauer zu schaffen.

Wenngleich es keine Dekade ist, die man in der politischen Geschichte in Anbetracht der Dimensionen anwenden kann, so müssen wir, rückblickend auf das Haushaltsjahr der kleinen neutralen Republik Österreich, leider sagen, daß zu Optimismus kein Grund ist.

Und trotzdem rede ich diesem Optimismus das Wort. Denn alles, oder fast alles, was in diesem vergangenen Jahr im konkreten politischen Raum — nicht im Weltraum, der noch kein sehr konkreter politischer Raum ist, wenn ich von den dort herumfliegenden atomaren Sprengköpfen absehe; auch nicht der Raum, der unter der Meeresoberfläche liegt, der ja auch nur zum Teil ein schon konkreter politischer Wirkraum ist —, in dieser Welt, in der wir leben, geschehen ist, war eine unentwegte Absage an jene Prinzipien, zu welchen sich die heute Handelnden seinerzeit verpflichtet haben.

Trotzdem, glaube ich, muß der unentwegte Appell an diese Prinzipien eine der vornehmsten und ersten Aufgaben gerade der Kleinen und Waffenlosen, der Wehrlosen, jener, die sich nur auf Recht und Menschlichkeit berufen können, bleiben.

Der Nahostkonflikt ist einer Lösung ferner denn je. In Vietnam kommt zwar ein Programm der schrittweisen Reduktion der amerikanischen Truppen allmählich zum Tragen. So sehr wir es begrüßen würden, wenn die Auseinandersetzung, wenn dieser blutige, furchtbare Bürgerkrieg dadurch günstig beeinflusst und beendet werden könnte, so haben doch gerade in den jüngsten Tagen sich in diesem fernen südostasiatischen Raum wieder Dinge zugetragen, die beweisen, daß es bei völliger Kenntnis der unvorstellbaren Greuel, der Not, des Elends, die gerade dieser Krieg im Gefolge hat, um Entscheidungen geht, die letzten Endes auch uns in Europa betreffen und berühren.

Es ist nicht eine Frage, ob hier Amerika seine erste militärische Niederlage, seit es

dieses unabhängige Amerika gibt, erleidet, sondern es wird die Frage offenbleiben, ob nicht letzten Endes die freie Welt hier eine nicht wiedergutzumachende Niederlage erleiden könnte.

Die in den letzten Wochen bekanntgewordenen, amerikanischen Soldaten angelasteten Greueltaten haben uns wiederum die tragische Verstrickung bewiesen, die zwangsläufig eintritt, wenn an die Stelle von Recht, von Verhandeln, die nackte Gewalt tritt.

Vielleicht denkt man im Angesicht dieser unvorstellbaren Dinge auch über manches, das sich Jahrzehnte zurück ereignet hat, ein wenig anders, ohne dieses oder jenes im geringsten rechtfertigen zu wollen, sondern nur daraus abzuleiten die Verpflichtung, daß auch wir, die wir, von Vietnam aus gesehen, sozusagen „hinten weit in der Türkei“ leben, alles dazu beitragen müssen, um dort Frieden und Freiheit herstellen zu helfen.

Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, was ein namhafter Publizist vor einigen Wochen geschrieben hat, daß sich nämlich eine gewisse Paradoxie des in jahrzehntelangem Wettrüsten mit unerhörtem materiellen Aufwand erreichten „Gleichgewichts des Schreckens“ einstellt. Es ist jene Paradoxie, welche zu überlegen geben muß, ob der Abbau dieses Gleichgewichts des Schreckens, auch der balanzierte Abbau, vertretbar ist im Interesse unserer Sicherheit. Ob ein solcher Abbau nicht jene Kräfte, welche nur über taktische und sogenannte konventionelle Waffen verfügen — sie reichen aber aus, wie wir in den letzten Wochen gesehen haben, die Zivilbevölkerung eines Dorfes hinzumetzeln —, ermutigt, von diesen konventionellen Waffen bei vermindertem Risiko vermehrten Gebrauch zu machen.

Ein zweifellos auch uns berührendes — nicht innenpolitisch, wie uns die ÖVP-Propaganda zu unterstellen versucht — politisches Ereignis sind die geänderten Machtverhältnisse in der benachbarten Bundesrepublik. Sie scheinen eine neue Phase der Ostpolitik der Bundesrepublik einzuleiten. Ich wage nicht zu sagen, ich würde es aber wünschen — obwohl ich politisch mit den derzeit Verantwortlichen der Bundesrepublik nicht übereinstimme —, daß es eine erfolgreiche Phase sei. Aber eines steht fest: Der Erfolg oder Mißerfolg dieser Politik wird auch uns empfindlich berühren.

Ich glaube also, daß es Aufgabe der österreichischen Außenpolitik sein wird, die Entwicklung auf diesem Gebiet außerordentlich sorgfältig zu verfolgen, zu prüfen und allenfalls auch in diesem Zusammenhang zu überlegen, welche konstruktive Hilfeleistung hier erbracht werden kann.

14534

Nationalrat XI. GP. — 169. Sitzung — 16. Dezember 1969

Dr. Scrinzi

Sie wissen, wir Freiheitlichen haben uns nie gegen eine konstruktive Ostpolitik ausgesprochen. Wir haben uns nur dagegen gewehrt, daß innenpolitischer Neutralismus als Ausdruck oder als Voraussetzung einer solchen erfolgreichen konstruktiven Ostpolitik betrachtet würde.

Die Bundesrepublik hat nach wiederholten, sehr heftigen Debatten im Bundestag nunmehr den Atomsperrvertrag unterzeichnet. Sie wissen, wir Freiheitlichen haben bei Unterzeichnung des Atomsperrvertrages mit sehr ausführlicher Begründung unsere Zustimmung hier nicht gegeben. Vielleicht hätten wir unsere Zustimmung geben können, wenn man, ähnlich wie in der Bundesrepublik, das Hohe Haus so eingehend, so ausführlich mit der Thematik dieses Vertrages beschäftigt hätte und wenn man, ähnlich wie die Bundesrepublik, die Unterschrift mit nur einem Bruchteil jener Vorbehalte geleistet hätte, wie es die Bundesrepublik getan hat.

Für uns ist das a posteriori ein Beweis dafür, daß es hier noch eine Menge von Fragen gibt, ähnliche Probleme, wie wir sie auch in der vorhergehenden Debatte aufgezeigt haben, Unklarheiten, die Präzisierungen notwendig machten. Man hätte hier das Hohe Haus und die Oppositionsparteien im Zusammenhang mit diesem wichtigen internationalen Vertragswerk etwas ernster nehmen müssen, als es die Regierung und die Regierungspartei getan haben.

Herr Minister und meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Wir wiederholen, trotz der miserablen Zensuren, die Sie unseren Bemühungen vor wenigen Stunden gegeben haben, unsere Bereitschaft zu einer gemeinsamen Außenpolitik. Ganz ohne Rücksicht darauf gilt dieses Bekenntnis auch für jene Regierung und für jenen Minister, der nach dem 1. März diese Außenpolitik zu machen haben wird.

Aber ich betone noch einmal, und ich bitte wirklich, das als eine Bedingung zu verstehen, die wir stellen müssen, die Sie nicht erfüllen müssen, die Sie nur halten müssen, wenn Sie gemeinsame Außenpolitik mit uns machen wollen: Eine Bedingung, ich habe es schon gestern gesagt, einer gemeinsamen Außenpolitik besteht darin, daß Sie uns nicht nachher von weittragenden außenpolitischen Entscheidungen informieren, die Sie allein im stillen Kämmerlein getroffen haben. Wie etwa, daß das Hohe Haus, aber auch der Außenpolitische Ausschuß nicht einmal informiert wurde, daß in London der Atomsperrvertrag unterzeichnet worden ist. Wir mußten das zuerst aus ausländischen Zeitungen ent-

nehmen, und ich mußte es als zufälliger Tatzeuge in London erleben.

Ich glaube, die Möglichkeiten und Ziele konkreter, auf die Interessen der Republik abgestellter Außenpolitik sind so durchsichtig, sind so klar, daß es wirklich möglich sein müßte, einen Consensus der hier im Hause vertretenen Parteien herbeizuführen. Wir drücken noch einmal unsere Bereitschaft zu einer solchen Übereinstimmung aus.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, um vielleicht künftigen propagandistischen Entstellungen unserer Haltung in der Neutralitätsfrage den Boden zu entziehen, zur Frage unserer Haltung zur Neutralität und unserer Einstellung zur Neutralitätspolitik zu hinterlegen:

Meine Damen und Herren! Das Hohe Haus hat 1955 eine gemeinsam von allen drei Parteien unterschriebene Neutralitätserklärung abgegeben. Ich habe bei anderem Anlaß schon erwähnt, aus welchen sehr entscheidenden, auch formell bedingten Gründen die Freiheitliche Partei dem Neutralitätsgesetz hier nicht zugestimmt hat, wohl aber sich in der gleichzeitigen Rede durch ihren Sprecher zum Inhalt dieser Neutralität bekannt hat. Auf diesem Boden stehen wir heute. Um so mehr, als wir nach wie vor uns mit allen Mitteln einsetzen werden, jenen Kräften den Boden zu entziehen, die aus der Neutralitätsverpflichtung, die wir übernommen haben und die wir selbstverständlich nicht nur als Verfassungsgesetz respektieren, sondern als politische Realität, auch als Instrument handhaben wollen, allen Bestrebungen den Boden zu entziehen, aus Neutralität Neutralismus machen zu wollen.

Ich würde es wünschen, für uns Österreicher und für alle freien Völker Europas, daß eines Tages eine österreichische Regierung und ein österreichisches Parlament vor einer ähnlich schweren und verantwortungsvollen Aufgabe stünde, vor der wir heute gestanden sind und die wir meiner Meinung nach leider nicht gemeistert haben, der Frage Südtirol.

Ich stehe aber nicht an zu erklären, was auch der Abgeordnete Dietl seinerseits in der römischen Kammer gesagt hat, er werde selbstverständlich die Fakten, die hier durch Mehrheitsbeschluß geschaffen wurden, als einen Beschluß dieses Hohen Hauses respektieren. Wir werden uns selbstverständlich bemühen, all die schädlichen und negativen Auswirkungen zu beseitigen, die dieser Mehrheitsbeschluß nach unserer Meinung herbeigeführt hat.

Ich würde es wünschen, wenn Österreich eines Tages vor einer ähnlich schweren Aufgabe stünde, nämlich vor einer Aufgabe, die

Dr. Scrinzi

neulich ein politischer Publizist in einem österreichischen und unabhängigen Presseorgan, ich möchte sagen als eine Art *Advocatus Diaboli* folgendermaßen formuliert hat: Österreich möge nie in eine Situation geraten, wo es vor der Alternative Neutralität oder Integration steht. Ich hingegen möchte sagen: Ich hoffe, daß Österreich eines Tages vor dieser Alternative steht, weil dieser Alternative absagen, ihr ausweichen zu wollen, bedeuten würde, die Hoffnung auf ein integriertes Europa aufzugeben, auf ein integriertes freies Europa, das auch ein Österreich einschließen kann.

Ich glaube nicht, daß man einer Entwicklung das Wort reden könnte, wie es der zitierte Artikel getan hat: Man möge hoffen, daß gewissermaßen im evolutionären Wege eine Rückentwicklung zu einer unabhängigen Nationalstaatengemeinschaft an die Stelle jener Entwicklung trete, welche mit den jüngsten Beschlüssen in Brüssel wiederum das Interesse aller Europäer, ja das Interesse der Welt erregt hat.

Natürlich — und ich erinnere daran, was mein Parteifreund Peter vor geraumer Zeit hier im Hause betont hat — wird die umgekehrte Entwicklung — das andere würde ich eine Rückentwicklung nennen —, nämlich die Entwicklung auf eine wirkliche politische, weit über die wirtschaftliche Integration hinausgehende Einigung Europas uns, dem neutralen Österreich, echte neutralitätsrechtliche und neutralitätspolitische Probleme aufwerfen. Ich bin aber nicht davon zu überzeugen wie der Artikelschreiber, daß sie sozusagen nicht zu lösen wären. Ich bin überzeugt, daß es ein Golgatha-Weg sein wird, daß es ein Weg jahrelanger gemeinsamer Anstrengungen sein wird, diesen gordischen Knoten zu lösen. Aber die Augen davor verschließen zu wollen, das hielte ich für falsch. Im Gegenteil. Ich bin der Meinung, im politischen Sandkasten des Außenamtes muß alles getan werden, auch diese Alternative, diese große Hoffnung Österreichs und der Europäer schon heute zu spielen.

Wenn die Freiheitliche Partei aus einer Reihe von Gründen dem Kapitel Äußeres im Budget nicht zustimmen kann, so nehmen Sie bitte, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, zur Kenntnis, daß das keine Absage an unsere Verpflichtung ist, auch außenpolitisch alles zu tun, um Österreich zu dienen, daß es auch keine Absage an unser außenpolitisches tiefes Engagement ist.

Ich betone noch einmal, und damit möchte ich schließen: Was sind die Ziele dieser Außenpolitik, und wo könnte es hier parteipolitische und ideologische Hürden geben, die bei gutem

Willen nicht zu überspringen wären? Es ist eine, wie uns der August 1968 in Erinnerung gerufen hat, keineswegs leichte, überflüssige oder selbstverständliche Aufgabe, die österreichische Neutralität wirksam zu verteidigen. Wir haben diese Neutralität wirksam durch eine klare geistige Haltung, aber auch durch eine ganze Reihe von konkreten innen- und außenpolitischen Maßnahmen zu verteidigen. Es geht nach wie vor auch im Rahmen jener Freiheit, die ein neutraler Staat hat, darum, unsere echte Unabhängigkeit zu bewahren — in diesem Spiel des Austarierens von Kräften und Mächten gewiß nicht leicht.

Es geht darum — ich wiederhole etwas, was ich schon 1966 erstmals gesagt habe —, die volle Souveränität Österreichs wiederherzustellen, die nach wie vor nicht gegeben ist. Auch hier stellen wir uns nicht vor, daß etwa das österreichische Bundesheer zur Herstellung dieser vollen Souveränität eingesetzt werden könnte. Ich weiß, daß es mühsame, schwierige Verhandlungen sein werden. Ich weiß, daß das selbstverständlich auf einem langen Wege von Kompromissen und Zugeständnissen geschehen wird müssen. Aber ich bezweifle auch hier nicht, daß es möglich ist, wenn wir uns gemeinsam ohne Rücksicht auf unsere parteipolitische Einstellung bemühen.

Es wird letzten Endes darauf ankommen — hier hat die Außenpolitik eine wichtige Aufgabe; eine Aufgabe, die sie aber mit diesen unzulänglichen Mitteln nicht erfüllen kann —, den Wohlstand, das Wirtschaftswachstum Österreichs und damit den Wohlstand seiner Bürger, die Sicherheit seiner Arbeitsplätze in der Welt dieses harten, brutalen wirtschaftlichen Wettbewerbes abzusichern. Das ist ein Punkt, wo wir es ganz besonders beklagen, daß nicht mehr Mittel zur Verfügung stehen.

Ich will nicht behaupten, daß das auf eine Anregung von mir zurückgeht, ich habe sie vor einem Jahr hier im Hause gebracht. Wir haben vor einigen Wochen gehört, daß die Bundeshandelskammer ihre Außenhandelsstellen in Südamerika sehr erfolgreich aktivieren konnte. Wir begrüßen das. Wir würden es wünschen, wenn auch auf dem Wege unserer Auslandsvertretungen die großen weißen Flecken in den weltpolitischen Märkten wirkungsvoller ausgefüllt werden könnten, als wir es bisher, nicht zuletzt infolge Geld- und Personalmangels, getan haben.

Ich kenne auch diesbezüglich aus vielen Gesprächen mit Auslandsvertretern, mit Diplomaten, aber auch mit Auslandskaufleuten die Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen. Eine progressive, von der Außenpolitik getragene Initiative, eine — ich darf Sie hier

Dr. Scrinzi

zitieren, Herr Bundesminister — risikobereite Außenhandels- und Wirtschaftspolitik wäre sehr, sehr wünschenswert, denn hier haben wir im Vergleich zu zwei anderen neutralen Ländern, der Schweiz und Schweden, einen großen Nachholbedarf auszugleichen.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß der Freiheitlichen Partei jene exzessiven, wenn ich so sagen darf, Kritiker, die uns hier im Hause Demagogie, Wahlreden und ähnliches als die Motive unserer sehr ernsten und sehr harten Auseinandersetzung mit Ihnen in der Südtirolfrage vorgeworfen haben, doch bescheinigen müssen, daß wir uns bemühen, konstruktive Beiträge zu bringen, und daß vielleicht jene Beiträge die konstruktivsten sind, wo wir gerade nicht einer Meinung mit Ihnen sind.

Es gibt eine Reihe von Strecken der Außenpolitik, wo wir dem Herrn Bundesminister durchaus bescheinigen wollen, daß er erfolgreich und im Interesse Österreichs tätig war. Die Gründe, Herr Minister, warum wir trotzdem diesem Kapitel nicht zustimmen können, habe ich erläutert. Es sind Gründe, die nicht in Ihrer Person liegen, es sind Motive, Herr Bundesminister, denen Sie im Grunde Ihres Herzens zustimmen müssen, daß man einfach demonstrativ zum Ausdruck bringen muß: Mit 0,41 Prozent eines Budgets kann ein Staat wie Österreich keine wirksame Außenpolitik machen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Fiedler. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Fiedler (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der Debatte über Südtirol möchte ich mich nunmehr im Rahmen dieser Aussprache über das Kapitel Äußeres mit Österreichs Außenpolitik im Lichte der jüngsten Ereignisse befassen. Vorerst möchte ich Gelegenheit nehmen, mit einigen Worten auf die Ausführungen meines Vorredners einzugehen.

Ich habe mit großer Genugtuung seine Worte der Anerkennung für jene Damen und Herren zur Kenntnis genommen, die Österreich im Ausland repräsentieren und oft unter schwierigen Verhältnissen in erstklassiger Weise ihren Dienst erfüllen. Ich glaube, daß alle Mitglieder dieses Hauses diese seine Meinung nur voll und ganz teilen.

Was nun die etwas ausführlichen Feststellungen bezüglich der Erhebungen über die Lebenshaltungskosten im Ausland betreffen, so sehe ich auch hierin einen Gegenstand für eine ernste Prüfung und vor allem die Möglichkeit, im Rahmen der Verwaltungs-

reform diese Dinge zu bereinigen. Ich glaube, daß auch der Herr Bundesminister in dieser Richtung rasch tätig werden wird.

Bezüglich Ihrer Wünsche nach neuen diplomatischen Missionen, um die Zahl der weißen Flecken auf der Weltkarte, in diplomatischer Hinsicht gesehen, zu verringern, haben Sie wohl wiederholt feststellen können, daß auch unsere Anstrengungen in diese Richtung gehen. Nur müssen wir uns auch bei diesen Wünschen mit den Budgetmitteln selbstverständlich nach der Gesamtbudgetdecke strecken. Wir sind deshalb nicht in der Lage, in einem Maße neue Missionen zu errichten, wie wir es etwa aus außenpolitischen Gründen für notwendig und zweckmäßig ansehen würden.

Was nun Ihre Erklärung über die gemeinsame Außenpolitik betrifft, Herr Kollege Doktor Scrinzi, so werden Sie mir doch bestätigen müssen, daß der Herr Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten stets bemüht ist, die Fraktionen, insbesondere die Fraktionsobmänner, mit allen Problemen, die ihn befassen, auf dem neuesten Stand zu informieren. Die Geschäftsordnung dieses Parlaments erlaubt aber manche Aussprachen vielleicht nicht in diesem Maße wie in anderen Parlamenten der Welt. Ich verweise vor allem auf das amerikanische Repräsentantenhaus und auf den Senat, wo ganz andere Möglichkeiten bestehen. Aber diese Kontaktnahme des Ministers mit den einzelnen Fraktionen ist meines Erachtens immer gut, richtig und ausführlich erfolgt.

Sie haben erklärt, daß Sie dem Budget Ihre Zustimmung verweigern aus Gründen, die Sie näher erläutert haben, daß Sie aber für gemeinsame Überlegungen und gemeinsame Arbeiten auf dem Sektor der Außenpolitik gern eintreten werden. Ich nehme das mit Genugtuung zur Kenntnis, glaube aber Ihre letzte Begründung, daß Sie diesem Kapitel beziehungsweise den Ansätzen des Außenministeriums nur wegen des geringfügigen Prozentsatzes des Budgets Ihre Zustimmung verweigern, doch nicht ganz. Ich glaube, es liegt vielmehr im Prinzip Ihrer Partei, dieses Budget Kapitel für Kapitel zur Ablehnung zu bringen und zu zeigen, daß Sie eine Oppositionspartei sind.

Meine Damen und Herren! Die letzten Wochen des letzten Jahres dieses Jahrzehnts waren und sind durch einen Aufbruch des politischen Lebens in der Welt und vor allem in Europa gekennzeichnet, der — obwohl Österreich nur durch eines dieser Ereignisse unmittelbar angesprochen ist — für die politische, wirtschaftliche und soziale Zukunft unseres Landes von eminenter Bedeutung ist.

Dr. Fiedler

Ohne sich in eine nebulöse Symbolhaftigkeit versteigen zu wollen, mag dieses Einflußgeraten gerade unmittelbar vor dem Beginn der siebziger Jahre als Hoffnungsschimmer gelten, der umso notwendiger ist, als sich die Welt vor eine Fülle von Problemen gestellt sehen wird, für die sich Lösungen kaum noch abzeichnen, ja, ich möchte sagen, die in ihrer ganzen Tragweite noch nicht einmal erkannt sind.

Das letzte Dezennium brachte Europa den Aufschwung zu einer wirtschaftlichen Prosperität, wie sie in diesem Ausmaß noch niemals bekannt war. Auch die Stagnation in der Bemühung um Zusammenarbeit der beiden großen Wirtschaftsorganisationen Westeuropas, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sowie der Europäischen Freihandelszone, auch kurzfristige wirtschaftliche Rückschläge konnten diesen Aufschwung nur bremsen, nicht aber verhindern.

Gleichzeitig wurde das Gleichgewicht zwischen den beiden Supermächten — auch darauf kam Abgeordneter Dr. Scrinzi zu sprechen — weiter gefestigt. Eine Unterbewertung der politischen Potenz Europas, die in keiner Relation zur wirtschaftlichen Bedeutung dieses Kontinents steht, ist die Folge. Die Machtbereiche sind in Europa eindeutig abgesteckt, eine Änderung des Status quo ist nicht in Sicht.

Meine Damen und Herren! Auch innerhalb des kommunistischen Staatenblocks konnte sich der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, das Comecon, stabilisieren und festigen. Eine reale Tatsache. Die Bemühungen um Ausweitung der Kontakte über die Grenzen verschiedener gesellschaftspolitischer Probleme hinweg haben in den letzten zehn Jahren wohl gerade durch diese allgemeine Konsolidierung sowie durch die Erkenntnis wirtschaftlicher Notwendigkeiten in einem Maß zugenommen, wie man es in den fünfziger Jahren nicht für möglich gehalten hätte.

Als drittes besonders bedeutsames Moment sowohl politischer wie wirtschaftlicher Natur, das das nun zu Ende gehende Jahrzehnt gekennzeichnet hat, möchte ich den Auftritt der Länder der Dritten Welt, vor allem der afroasiatischen Staaten, auf der internationalen Bühne nennen. Seit kurzem erst im Besitz der vollen staatlichen Souveränität und Freiheit, innenpolitisch jedoch noch vielfach unsicher und in sich selbst zerrissen, wirtschaftlich zum größten Teil auf die Unterstützung der Industriestaaten angewiesen, haben doch diese Länder bereits den Beweis erbracht, daß sie Faktoren sind, mit denen man in Zukunft in verstärktem Maße wird rechnen müssen. Erste Erfolge in den Bemühungen um die

Integrierung der Entwicklungsländer zeichnen sich trotz der häufigen Rückschläge, die in ihrem Ausmaß und in ihrer Regelmäßigkeit oft entmutigend wirken können, bereits ab.

Hohes Haus! Wo steht nun Österreich im Rahmen dieser — hier nur kurz skizzierten — Entwicklung, und welche Konsequenzen aus der politischen Entwicklung, die in den letzten Wochen zum Ausdruck gekommen ist und die bereits in die siebziger Jahre weist, ergeben sich für unser Land?

Ohne eine Rangwertung innerhalb der jüngsten, für Europa und die Welt so bedeutsamen Konferenzen und Gespräche vornehmen zu wollen, möchte ich zuerst die Haager Gipfelkonferenz der sechs Mitgliedstaaten der EWG erwähnen, weil eben dieser Gipfel für Österreich Konsequenzen nach sich ziehen wird, weil er auch von uns Aktivitäten und Entscheidungen verlangt, die zum Teil bereits auf dem Weg der Verwirklichung begriffen sind.

Trotz wiederholter zahlreicher Unkenrufe zahlreicher Politiker hat sich das stetige Bemühen der Bundesregierung, die Sechs immer wieder für die Bestrebungen und den Wunsch Österreichs um ein Arrangement mit der Wirtschaftsgemeinschaft zu interessieren, als richtig erwiesen. Die Demarchen österreichischer Diplomaten kurz vor dem Gipfel bei den sechs Regierungen der Mitgliedsländer haben einen vorläufigen, recht erfreulichen Erfolg nach sich ziehen können.

Entwicklungsströmungen außerhalb Österreichs haben zweifellos ihren nicht unwesentlichen Beitrag dazu geleistet, daß die Verhandlungen über ein Arrangement mit der EWG wieder in Fluß geraten sind, daß die Hoffnungen auf eine intensive Zusammenarbeit zwischen EWG und EFTA, die schließlich zu einer wirtschaftlichen Einigung des demokratischen Europas führen soll und kann, wieder Auftrieb erhalten haben.

Meine Damen und Herren! Die Auswirkungen dieser Neubelebung des europäischen Geistes, den viele schon versandet oder abgestorben glaubten, werden über die rein wirtschaftliche Bedeutung noch weit an Bedeutung gewinnen. Das Kommuniqué des Haager Gipfels spricht von der Notwendigkeit eines Ausbaues der technologischen Kooperation, einer verstärkten Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung; die Sechs haben sich selbst den Auftrag gegeben, die politische Zusammenarbeit zu erweitern und zu vertiefen.

Wenn auch Österreich niemals die Vollmitgliedschaft anstreben kann und wird, da die Verpflichtungen, die Mitgliedern in den

14538

Nationalrat XI. GP. — 169. Sitzung — 16. Dezember 1969

Dr. Fiedler

Römer Verträgen auferlegt werden, mit dem Grundsatz der immerwährenden Neutralität, der Basis jedes außenpolitischen Konzepts unseres Landes, in Widerspruch stehen, werden wir von der Stärkung der Kooperation auf den verschiedensten Gebieten selbstverständlich auch profitieren.

Fast noch wichtiger scheint es aber, daß Europa vielleicht endlich auf dem Weg ist, jene politische Stellung zu besetzen, die dem Kontinent infolge des wirtschaftlichen Ranges in der Weltwirtschaft eigentlich zukommen müßte. Nun könnte man einwenden, daß Österreich infolge seiner Größe — oder eigentlich seiner Kleinheit — nicht danach streben kann, ein Machtfaktor im Sinne einstiger politischer Terminologie zu werden, daß wir in weiser Bescheidenheit uns darauf beschränken sollten, möglichst reibungslose Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten aufrechtzuerhalten.

Meine Damen und Herren! Denken wir aber einmal daran, was das letzte und wesentliche Ziel einer Außenpolitik gerade bei einem Staat der Größe Österreichs und bei der gegebenen weltpolitischen Situation sein muß: die Entspannung zwischen Ost und West, und zwar nicht als Selbstzweck, als Ausdruck eines missionarischen Sendungsbewußtseins unseres Landes gegenüber der Umwelt, sondern als nüchterne Folge der klaren Überlegung, daß eine Eskalierung der Spannungen zwischen den beiden Supermächten, die trotz aller Bemühungen um eine friedliche Koexistenz nach wie vor vorhanden sind, das Schicksal eines Kleinstaates auf das ärgste gefährden kann.

Der Aufstieg Europas zu stärkerer politischer Bedeutung, an dem Österreich im Rahmen seiner Fähigkeiten nach besten Kräften mitarbeiten sollte, kann zu einem Faktor der Entspannung werden, indem er zur Schaffung eines dritten bedeutenden Faktors führt, der gleichzeitig die Verminderung der jetzigen Polarisierung der Weltpolitik zwischen den beiden Supermächten nach sich zieht.

Man darf jedoch nicht übersehen, daß gerade diese beiden Mächte in den letzten Wochen und Monaten ernsthafte und zu Hoffnungen verleitende Versuche unternommen haben, zu einer neuen Phase der Entspannung zu gelangen. Vor allem auf dem Gebiet der Bemühungen um einen Rüstungsstopp und — wenn dies auch vorderhand nur ein Fernziel bleiben kann — der Abrüstung sind wichtige Meilensteine gesetzt worden.

Seit dem 17. November tagen in Helsinki Vertreter der USA und der Sowjetunion, um Vereinbarungen über eine Begrenzung von

strategischen Waffen vorzubereiten. Dieser Schritt gilt allgemein als bisher wichtigste Initiative auf dem Gebiet der Rüstungsbeschränkung. Noch ist die erste Phase, die der Erstellung der eigentlichen Tagesordnung dienen soll, nicht abgeschlossen, auch der endgültige Tagungsort steht noch nicht hundertprozentig fest. Österreich kann aber stolz darauf sein, daß Wien häufig und immer wieder in die Debatte geworfen wird, da hier der augenscheinliche Beweis geliefert wird, wie sehr alle Welt, Ost wie West, die Bemühungen der Bundesregierung um eine Entspannung und eine friedliche Koexistenz beachtet und würdigt.

Hohes Haus! Die USA und die Sowjetunion, die beiden Initiatoren des Atomsperrvertrages, haben dieses Vertragswerk nunmehr ratifiziert. Auch Deutschland — gemeint ist die Bundesrepublik Deutschland — und die Schweiz, die beide mit der Unterschrift aus den verschiedensten Gründen lange gezögert haben, haben ihn nun unterzeichnet. Die Hoffnung ist daher berechtigt, daß die Bedingungen für das Inkrafttreten — nämlich die Ratifizierung durch 40 Staaten sowie drei Atommächte — bald erfüllt sein werden. Bisher haben 93 Staaten den Vertrag unterzeichnet, 22 Länder haben ihn ratifiziert.

Sowohl bei der Unterzeichnung wie der Ratifikation gehörte Österreich zu den ersten. Hier gibt es also eine Divergenz mit der Meinung der kleinen Oppositionspartei — Dr. Scrinzi hat sie hier deutlich ausgeführt —, wenngleich ich festhalten muß, daß gerade der Atomsperrvertrag schon vor seiner Behandlung in diesem Haus sowohl ausschlußmäßig als auch durch mündliche und schriftliche Anfragen an den Herrn Außenminister wiederholt Gegenstand von Beratungen und Besprechungen war, sodaß man hier wirklich nicht sagen kann, daß dieser schlecht vorbereitet dem Plenum — im März, glaube ich, war es — zur Beschlußfassung zugeleitet wurde.

Wenn es auch klar ist, daß der Atomsperrvertrag nicht vollkommen ist, daß viele berechtigte Einwände erhoben werden können, wird er trotzdem zur Sicherung vor allem der kleinen Staaten gegenüber den Atommächten und außerdem zu Erleichterungen in der nuklearen Forschung gerade für diese Staaten führen.

Gerade Österreich legt der Vertrag im Hinblick auf die Bewaffnung keine Verpflichtungen auf, die nicht bereits vorher — bekanntlich auf Grund des Staatsvertrages — bestanden haben. Es wird aber unsere Aufgabe sein, gemeinsam mit anderen Staaten in den dazu geeigneten Gremien auf

Dr. Fiedler

die möglichst prompte und genaue Durchführung des Artikels VI des Vertrages zu dringen, in dem sich die Atomkräfte zu weiteren Verhandlungen über die Verhinderung des nuklearen Wettrüstens verpflichten. Diese Verpflichtung der Besitzenden gegenüber den Besitzlosen — den sogenannten Atomhabe-nichtsen — ist zwar sehr gering, die Gespräche in Helsinki lassen aber darauf hoffen, daß auch dieser Artikel nicht nur leeres Papier bleiben wird.

Meine Damen und Herren! Zu den schrecklichsten und furchterregendsten Waffen neben den nuklearen gehören die chemischen und biologischen, die teilweise in ihren Auswirkungen gar nicht kontrolliert werden können. Die Vereinten Staaten haben nun in Aussicht gestellt, daß sie dem Genfer Protokoll aus dem Jahr 1925, das die Verwendung giftiger Gase und biologischer Waffen im Krieg verbietet, nicht aber ihre Herstellung und Lagerung, beitreten werden.

Dies stellt aber nur einen ersten Schritt dar. Österreich hat sich gemeinsam mit anderen Staaten um eine wirksame Kontrolle dieser Staaten bemüht, indem es bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution miteingebracht hat, die die Genfer Abrüstungskonferenz auffordert, einen Konventionsentwurf über die vollständige Eliminierung aller biologischen und chemischen Waffen auszuarbeiten. Dabei sollen ein britischer und ein sowjetischer Vertragsentwurf berücksichtigt werden, in dem einerseits ein Verbot biologischer Waffen vorgesehen ist, andererseits ein Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung von chemischen und bakteriologischen und die Vernichtung beziehungsweise friedliche Nutzung der vorhandenen Bestände eindeutig gefordert wird.

Die Anstrengungen Österreichs um den Abbau der Spannungen in der Welt — die eine Funktion der Grundaufgabe unserer Außenpolitik sind, nämlich der größtmöglichen Sicherung der Ruhe, der politischen Integrität dieses Staates und der Möglichkeit für eine ungestörte Entwicklung — können sich jedoch nicht auf die Bemühungen um einen Rüstungsabbau beschränken. Die Spannungsmomente beschränken sich ja nicht nur auf die Gefahren, die eine hochentwickelte und ständig fortschreitende Rüstung in sich birgt, diese Rüstung ist vielmehr eine Folge von ihnen. Das entscheidende Moment liegt vielmehr in der Herstellung guter, sachlicher und vertrauensvoller Beziehungen aller Staaten zueinander, eine Aufgabe, der Österreich in besonderem Maße im Rahmen der Vereinten Nationen nachzukommen sich bemüht.

Hohes Haus! Dieser Organisation, die, wenn ich den heutigen Morgennachrichten folge, am heutigen Tag die XXIV. Generalversammlung abschließen wird, kommen im kommenden Jahrzehnt ganz bedeutende Aufgaben zu. Es erscheint daher angebracht, die Aufgaben und auch die Probleme der Weltorganisation zu beleuchten, umso mehr, als sie im nächsten Jahr in besonders feierlicher Form das Jubiläum des 25jährigen Bestehens feiern wird.

Mit großen Zielen und einem Vertrauensvorschuß, der auf der Hoffnung nach einer endlichen Erhaltung des internationalen Friedens unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg begründet war, wurden die Vereinten Nationen im Jahr 1945 in San Francisco gegründet. Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß die Ziele nur teilweise erreicht wurden, die Hoffnung nur unvollständig erfüllt und der Vertrauensvorschuß etwas geschwunden ist.

Der Grund dafür liegt in der UN-Charta selbst. Das Vetorecht der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, wie es statutarisch festgelegt ist, muß jede Initiative und jeden Fortschritt lähmen, wenn unter diesen Mitgliedern Uneinigkeit herrscht.

Gegenüber den glücklicherweise überwundenen Zeiten des Kalten Krieges und im Zuge der zunehmenden Annäherung der Großmächte, im Verlaufe des Entstehens einer echten Bereitschaft zur Kooperation und zu gemeinsamen Aktionen, wie sie etwa in dem bereits erwähnten und besprochenen Atomsperrvertrag zum Ausdruck kommt, ist hier doch in gewisser Beziehung eine Besserung eingetreten. Den Vereinten Nationen ist es daher in stärkerem Maße als früher möglich, ihrer Aufgabe, der Sicherung des Weltfriedens unter allen Aspekten, nachzukommen.

Die Zufriedenheit über diese Besserung darf uns aber nicht dazu verführen, die Weltorganisation als perfekt zu betrachten. Drei der brennendsten Probleme, die eine akute Gefahr für den Frieden in weiten Teilen der Welt darstellen, werden von den Vereinten Nationen entweder gar nicht behandelt oder sind trotz aller immer wieder erneuerten Bemühungen von einer Lösung so weit entfernt wie nur eh und je. Ich meine den Krieg in Vietnam, die blutigen Auseinandersetzungen in Nigeria und schließlich den Nahostkonflikt, der meines Erachtens derzeit überhaupt das größte weltpolitische Problem darstellt.

Doch auch hier liegt die Unfähigkeit, zu echten Erfolgen zu gelangen, teilweise in der Charta der Vereinten Nationen begründet. Zwar sollen die Vereinten Nationen ein internationales Instrument der Friedenssicherung

Dr. Fiedler

darstellen, ohne den politischen Willen der Mitglieder sind sie aber machtlos. Wo dieser Wille fehlt oder von tiefgehenden Problemen überlagert wird, kann die Weltorganisation, wie es ihr immer wieder angekreidet wird, nur in geringem Maße wirksam werden.

Meine Damen und Herren! Die nun fast 25jährige Geschichte dieser Weltorganisation weist aber auf der anderen Seite doch ein beachtliches Erfolgskonto auf: vor allem ist in ihrem Rahmen die Möglichkeit geschaffen worden, die Länder der Dritten Welt in die Völkergemeinschaft zu integrieren. Über die Vereinten Nationen und ihre verschiedenen Unterorganisationen ist diesen Staaten wertvolle Hilfe bei dem Versuch einer Lösung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und bevölkerungspolitischen Probleme zuteil geworden. Eine Reihe akuter Krisensituationen konnte gelöst werden, man denke etwa an Zypern. Außerdem ist im Rahmen der Weltorganisation das Gespräch zwischen Ost und West aufrecht erhalten worden, wenn auch der Ton nicht immer der beste war.

In seiner Einführung zum diesjährigen Jahresbericht nannte der Generalsekretär die großen Probleme, denen sich die Welt heute — und sicherlich auch noch in den nächsten Jahren — gegenüber sieht: Entwicklung der armen Länder, Erhaltung des Friedens, Abrüstung, Entkolonialisierung und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten. Die Liste ließe sich noch beliebig erweitern: Menschenrechte, Probleme der menschlichen Umwelt, Probleme der Jugend auf der ganzen Welt, Anpassung an das technologische Zeitalter, friedliche Nutzung des Weltraums und des Meeresbodens.

Das 25jährige Jubiläum, das in feierlicher Form begangen werden soll, steht unter dem Motto „Frieden und Fortschritt“. In der Erkenntnis, daß weder das eine noch das andere ohne gemeinsame Anstrengungen aller Mitgliedstaaten, ohne eine Verbesserung des Klimas der Verständigung erreicht werden kann, hat der Generalsekretär dazu aufgerufen, gerade im Hinblick auf diese Feiern „neue Anstrengungen zur Vertiefung der internationalen Verständigung zu unternehmen und die Grundsätze der Charta wieder zu bekräftigen“.

Unter vielen anderen Staaten hat auch Österreich Studien zur Stärkung der Vereinten Nationen angeregt. Dadurch soll die Weltorganisation instandgesetzt werden, besser gerüstet an die Lösung aller jener Probleme heranzugehen, die ihr 1970, zu Beginn der zweiten Entwicklungsphase, vorliegen werden.

Mein kürzlicher Aufenthalt in New York gab mir eingehend Gelegenheit, diese Frage zu studieren. Der Ernst, mit dem man an die Vorbereitungen für das 25-Jahr-Jubiläum herangeht, ist, wie ich dem Hohen Haus versichern kann, sehr beeindruckend. Das Jahr soll nicht nur zu einem Jahr der Feierlichkeiten, sondern vor allem zu einer Periode der Besinnung und der Wiederaufwertung der Tätigkeit der Vereinten Nationen werden. Dies ist die einstimmige Meinung des Generalsekretärs wie der verschiedenen Mitgliedstaaten.

Die Hoffnung scheint auf Grund vieler Anzeichen nicht unbegründet, daß diese Interventionen von Erfolg gekrönt sein werden. Ich bin zuversichtlich, daß die Weltorganisation den Anforderungen, welche die kommende Dekade an sie stellen wird, auch gerecht werden wird.

Das Verhältnis Österreichs zur Weltorganisation ist von einer erfreulichen Tatsache gekennzeichnet: die Erwartungen, die unser Land in die Vereinten Nationen gesetzt hat, sind meines Erachtens weitgehend erfüllt worden, ungeachtet der Tatsache, daß viele andere Staaten in diesem Punkt nicht auf eine ebenso positive Wertung zurückschauen können.

Schließlich sei hiebei ein Faktor nicht vergessen, der die Mitarbeit Österreichs an den Vereinten Nationen als besonders wichtig und notwendig erscheinen läßt. Einer Großmacht bieten sich notfalls die Möglichkeiten, ihre Sicherheit und ihre nationalen Interessen mit eigenen Mitteln zu verteidigen. Ein Mittel- oder Kleinstaat, der in ein Bündnissystem integriert ist, weiß für den Notfall Partner neben oder hinter sich, die ihn zu unterstützen vertraglich verpflichtet sind. Ein kleines neutrales Land wie Österreich kann dagegen bei der Durchsetzung seiner vitalen staatlichen Interessen, bei der Abwendung einer drohenden Gefahr, unter Umständen keine Unterstützung finden, gäbe es eben jenes Weltforum nicht, an das es sich wenden könnte.

Zweierlei kann man gegen diesen Gedankengang einwenden: die bereits erwähnte Unfähigkeit der Vereinten Nationen, mit Konflikten fertig zu werden, wenn nicht vorher eine Einigung über den Konflikt zwischen den Großmächten erzielt worden ist. Es erhebt sich natürlich die Frage, ob im Falle einer etwaigen Auseinandersetzung, in die Österreich wesentlich verwickelt ist, eine andere, für uns günstigere Situation bestünde. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Andererseits könnte überhaupt der Gedanke an eine derartige Krise, die Österreich

Dr. Fiedler

zu einem Hilfsansuchen an die Weltorganisation zwingen könnte, abwegig erscheinen. Wir wissen, daß die Integrität, die Unverletzbarkeit unseres Landes garantiert worden ist, unsere Bemühungen um eine aktive Auslegung der immerwährenden Neutralität wird in Ost und West honoriert. So hat das sowjetische KP-Organ „Prawda“ am 29. November darauf hingewiesen, daß die ständige Neutralität von Staaten, wie zum Beispiel Österreich, Schweiz oder Schweden, nicht nur ein wichtiger Faktor für deren eigene Unabhängigkeit und Souveränität sei, sondern auch zur europäischen Sicherheit und zur ökonomischen Zusammenarbeit zwischen den Staaten verschiedener sozialer Struktur ihren aktiven Beitrag leiste.

Die Bemühungen, die seit der Erreichung unserer vollen staatlichen Souveränität im Jahre 1955 unternommen worden sind, haben dazu geführt, daß Österreich heute nach allgemeiner Ansicht zu einem Faktor der Entspannung und der Bemühungen um eine friedliche Koexistenz geworden ist.

Im Zuge der Verwirklichung dieser Bestrebungen hat die Bundesregierung auch ihre prinzipielle Unterstützung für die Idee der Abhaltung einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz ausgedrückt. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, daß eine solche Konferenz, die die Basis für eine echte Lösung der Probleme Europas in den siebziger Jahren bieten könnte, nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn ihr intensive und gründliche Vorbereitungsarbeiten vorangegangen sind. Auch mein Vorredner hat in diesem Sinn seine Feststellungen getroffen. An reinen Propagandamanövern welcher Seite auch immer kann Österreich nicht interessiert sein, sind sie doch eher geeignet, die in Europa herrschende Kluft noch weiter zu vertiefen und zu verbreitern. Die Unterstützung des Gedankens der Sicherheitskonferenz ist auf allen Seiten mit Interesse und Befriedigung zur Kenntnis genommen worden.

Die „Prawda“ vom 29. November weist darauf hin, der Pariser „Le Monde“ vermerkt, daß Österreich als einer der ersten Staaten auf das konkrete Angebot Helsinkis — ausgesprochen durch den finnischen Staatspräsidenten —, die finnische Hauptstadt als Tagungsort zur Verfügung zu stellen, positiv geantwortet hat.

Hohes Haus! Der Raum, in dem wir heute leben und der seit der Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Monarchie nach dem ersten Weltkrieg einen neuralgischen Punkt und potentiellen „Unruheherd“ Europas inmitten einer unruhigen, problematischen und spannungsgeladenen Welt gebildet hat, hat

sich in den letzten zwanzig Jahren in ein Gebiet verwandelt, das zu den relativ ruhigsten und außenpolitisch stabilsten zählt. Diese Tatsache ist umso höher zu werten, als quer durch dieses Gebiet die Trennungslinie zwischen Ost und West verläuft. Das alles ist uns jedoch nicht leicht in den Schoß gefallen, sondern ist das Ergebnis einer über zwanzigjährigen konsequenten, zähen und dennoch behutsamen österreichischen Außenpolitik. Durch diese Fakten sind bereits alle jene Kritiker widerlegt, die da meinen, ein Kleinstaat wie Österreich, noch dazu ein neutraler, könne gar keine selbständige Außenpolitik betreiben. Es wurde bereits angedeutet und soll hier nochmals eindeutig unterstrichen werden, daß wir einer konsequenten und ruhigen Außenpolitik bedürfen, gerade weil wir neutral sind.

Andere mittlere und kleinere Staaten, die in ein Vertrags- und Bündnissystem eingegliedert sind, folgen einfach der Linie ihrer größeren Vertragspartner. Die Zielsetzung ihrer Politik ergibt sich wenigstens zum Teil aus der Zielsetzung des Paktsystems, dem sie angehören. Österreich hingegen ist in seinen Entscheidungen weit mehr als andere auf sich angewiesen. Aus diesem Grund sind die notwendigen Entschlüsse auch bei weitem schwieriger zu erarbeiten und zu fällen. Daß aber selbst unter diesen Voraussetzungen ein neutraler Kleinstaat durch eine eigenständige Außenpolitik sogar höchst erfolgreich sein kann, dafür gibt die internationale Wertschätzung, die Österreich in der Welt genießt, ein hervorragendes Beispiel und Zeugnis ab.

Ich darf abschließend namens meiner Fraktion die Erklärung abgeben, daß wir dem gegenständlichen Budgetkapitel Äußeres unsere Zustimmung geben werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Czernetz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Czernetz** (SPÖ): Hohes Haus! Wir Sozialisten werden gegen das Budgetkapitel Äußeres stimmen, und zwar nicht nur, weil wir gegen das Gesamtbudget dieser Bundesregierung, die von einer Partei, der ÖVP, gebildet wird, stimmen. Wir haben zur Außenpolitik auch noch besondere Beschwerden. Ich möchte das, was auch von anderen Rednern schon vorhin erwähnt worden ist, besonders herausarbeiten. Es ist auch dem gegenwärtigen Herrn Außenminister nicht gelungen, die wiederholten Angebote von seiten der Oppositionsparteien, zu einer gemeinsamen Außenpolitik zu kommen, aufzugreifen und zu einem Erfolg zu führen.

14542

Nationalrat XI. GP. — 169. Sitzung — 16. Dezember 1969

Czernetz

Ich möchte sagen: Die persönlichen guten Beziehungen mit dem Herrn Bundesminister Dr. Waldheim sowie mit seinen Vorgängern in der Einparteienregierung und gelegentliche freundschaftliche persönliche Gespräche sind kein Ersatz für eine gemeinsame Außenpolitik. Auch die persönliche Information der Klubobmänner und Parteiobmänner ist kein Ersatz für eine gemeinsame Außenpolitik. Gemeinsame Außenpolitik kann es nur geben, wenn alle Parteien dieses Hauses in den zuständigen Körperschaften, das ist etwa der Außenpolitische Ausschuss, Gelegenheit haben, rechtzeitig Informationen zu bekommen, wenn sie von dem zuständigen Ministerium und den Ministern konsultiert werden und wenn es Vereinbarungen über die gemeinsame Linie gibt, bevor bereits ein Gesetzestext oder Vertragstext zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Genau das ist leider, leider nicht der Fall. Wenn der Kollege Dr. Scrinzi vorhin noch einmal angeboten hat: Bitte, wir sind zur gemeinsamen Außenpolitik bereit!, dann wird er sicher nicht bestreiten, wenn ich sage: Jetzt ist es schon sehr spät, wenn nicht zu spät in dieser Legislaturperiode. Wir werden von Jänner bis März kaum mehr Gelegenheit haben, sehr viel zu tun, selbst beim besten Willen und selbst wenn es dem Herrn Außenminister möglich wäre, sich damit in der Bundesregierung durchzusetzen.

Nun, ich weiß schon, daß wir hier in der Geschäftsordnung eine außerordentliche Behinderung finden. Ja, es ist richtig: Die von uns oft vorgebrachte Beschwerde, daß mit der gegenwärtigen Geschäftsordnung eine lebendige außenpolitische Arbeit im Ausschuss unmöglich gemacht wird, die gilt! Wir sind in der ganzen Welt das einzige Parlament, in dem man nicht imstande ist, im Außenpolitischen Ausschuss eine Information durch den Herrn Bundesminister zu bekommen. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Das ist aber nicht seine Schuld!*) Pardon, ich werde sofort dazu sagen, was meine Meinung ist, Kollege Doktor Kranzlmayr. Aber es ist eine unmögliche Situation, die wir alle erlebt haben.

Nun gäbe es zwei Möglichkeiten: die eine ist eine entsprechende Reform der Geschäftsordnung. (*Zwischenruf des Abg. Doktor van Tongel.*) Das ist auch nicht Sache des Herrn Außenministers. Es muß eine Reform sein, die uns die Möglichkeit gibt, im Außenpolitischen Ausschuss in vertraulichen Beratungen Fragen zu erörtern, zu studieren und zu diskutieren, bevor man zu einer Beschlußfassung kommt und bevor einem ein fertiger Text hingelegt wird und bevor man sagt: Das müßt ihr jetzt annehmen!

Eine solche Reform der Geschäftsordnung war in diesem Punkt bei der Mehrheit dieses Hauses nicht erreichbar. Aber ich gehe sogar noch weiter. Der Herr Präsident Dr. Maleta hat — ich erinnere nicht das erste Mal daran — im Budgetausschuss vor einigen Jahren ausdrücklich gesagt, er plädiere für eine extensive Auslegung der Geschäftsordnung. Die Mehrheit des Ausschusses kann durchaus sagen: Wir werden jetzt die Tagesordnung erweitern und gehen über das hinaus, was in der Geschäftsordnung steht, nämlich wir hören uns bei der Behandlung eines Vertragstextes den Herrn Bundesminister an.

Ich sage es hier in aller Offenheit: Es war eine beschämende Situation, als wir im Außenpolitischen Ausschuss, ich glaube, den Vertrag über die Weltraumhilfe der Staaten untereinander behandelt haben und der Klubobmann der Sozialistischen Partei unter allgemeinem zustimmendem Lächeln gesagt hat: Jetzt reden wir über den Mond, aber auf den Mond hinaufgeschossen wird man ja von der Erde, darf ich daher den Herrn Außenminister fragen: Wie sind die Verhältnisse bei uns auf der Erde? Diese Situation benützte der Herr Außenminister lächelnd, um über die weltpolitische Situation, soweit sie uns betraf, zu sprechen. Das ist beschämend! Man kann sich mit einem Witz darüber hinwegturnen, aber in Wirklichkeit heißt das, daß der Außenpolitische Ausschuss gelähmt ist!

Wir brauchen die Bereitschaft der Mehrheit, eine entsprechende Änderung herbeizuführen. Ob das in Form einer Reform der Geschäftsordnung geschieht, was das günstigste wäre, oder mit der vorgeschlagenen extensiven Auslegung der Geschäftsordnung, von der der Herr Präsident des Nationalrates gesprochen hat, wäre zu prüfen. Auch aus diesen Gründen, weil es sich um das Verhalten der Mehrheit des Hauses bei der Behandlung außenpolitischer Fragen handelt, stimmen wir gegen die Annahme des Budgetkapitels Äußeres. Das ist keine persönliche Bosheit gegenüber dem Herrn Außenminister, sondern der Ausdruck unserer Stellung zur Mehrheit dieses Hauses und der Mehrheitsregierung, die eine Einparteienregierung ist.

Die gegenwärtig diskutierten außenpolitischen Hauptprobleme zeigen nach unserer Meinung ebenfalls, daß diese Regierung von uns keinen Vertrauensbeweis durch Zustimmung zu einem Budgetkapitel erhalten kann.

Es ist vorher in einer Sonderdiskussion über Südtirol ausführlich gesprochen worden. Ich muß sagen, Hohes Haus: Das Ende dieser Diskussion und die Stimmung der Mehrheitspartei nach der Abstimmung haben die Tatsache widerspiegelt, daß es ein Pyrrhussieg

Czernetz

mit einer hauchdünnen Mehrheit war. Man hatte das beklemmende Gefühl, daß die Opposition recht hatte, wenn sie sagte, daß dieses Parlament Beschlüsse zu fassen hatte, bei denen es nicht einmal informiert worden ist, was tatsächlich vereinbart wurde und was in den Texten steht. Man konnte beobachten, wie im letzten Moment — im letzten Moment! — vor der Abstimmung der Text noch eine Korrektur erfuhr, und dieses merkwürdige Schauspiel einer Diskussion zwischen Kanzler und Außenminister auf der Regierungsbank. Bitte, wir sind der Meinung, daß dieses Problem für heute und für jetzt abgeschlossen ist, aber auch die Stellung der Mehrheit zu Südtirol ist von unserem Standpunkt aus kein Grund, der Regierung Vertrauen zu schenken.

Auch das andere große Hauptproblem ist bereits in der Debatte erwähnt worden — das österreichische Verhältnis zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Wir halten uns alle dabei vor Augen — ich glaube, es wird da kaum Meinungsverschiedenheiten geben —, daß wir Zeugen einer höchst widerspruchsvollen Entwicklung sind. In einer Zeit der wirtschaftlichen Prosperität ist doch wieder ein Wiederaufleben des Nationalismus in Europa zu beobachten. Dieses Wiederaufleben des Nationalismus hat zu einer Lähmung der Dynamik in der EWG geführt. Es ist doch merkwürdig, daß die Zollunion in der EWG zwar verwirklicht ist, aber die sechs Nationalstaaten verschiedene raffinierte Möglichkeiten gefunden haben, über die Zollfreiheit hinwegzukommen, und zwar mit Sondersteuern und Abgaben. Sie haben neuerlich Zollgrenzen geschaffen, und die Zollkontrolldienste an den inneren Grenzen der EWG-Staaten funktionieren munter und lustig wie zwischen allen anderen Staaten der Welt. Man bemerkt es auf einer Reise von einem EWG-Staat in einen anderen. Man bemerkt gar nicht, daß das schon eine zollfreie Staatengemeinschaft ist. Es gibt an solchen inneren EWG-Grenzen Kontrollen so wie an allen anderen Grenzen. Die Verschiedenheiten der Besteuerung und Belastung haben die Kostenlage in den einzelnen Ländern so differenziert, daß korrigierend eingegriffen werden muß. So bleiben die alten Grenzkontrollen innerhalb des Gemeinsamen Marktes weiter bestehen.

Der EWG gelang es nicht, zu einer Wirtschaftsunion zu werden. Es konnte keine Währungsunion geschaffen werden. So können die Partner von plötzlichen Abwertungen oder Aufwertungen überrascht werden. Die politische Einheit konnte nicht nur nicht verwirklicht werden, ja man kann sich nicht einmal darüber einigen, was man unter diesem Begriff verstehen soll. Wir haben es jetzt mit einer partiellen und temporären Suspendie-

rung des gemeinsamen Agrarmarktes zu tun. Es ist keine Erweiterung der EWG erfolgt. Wir erleben immer noch die innere und äußere Stagnation der EWG, die im Widerspruch zur wirtschaftlichen Prosperität steht, die wir in Europa erleben.

Ich möchte offen sagen: Wir alle haben große Hoffnungen auf die Periode des Nachgaullismus gesetzt. Viele Erwartungen haben sich dann besonders auf das Gipfeltreffen am 1. und 2. Dezember in Den Haag konzentriert. Den Haag hat zweifelsohne eine große Bedeutung für die EWG, ja für ganz Europa, denn es muß anerkannt werden, daß die EWG einen Kern der europäischen Integration darstellt. Aber ich glaube hinzufügen zu müssen: Die große Bedeutung des Gipfeltreffens in Den Haag besteht darin, daß eine Katastrophe vermieden werden konnte. Das ist nicht zu unterschätzen! Das ist sehr wichtig! Aber ich weiß nicht, ob Den Haag mehr erreicht hat. Die Probleme der Einheit Europas sind von einer Lösung noch weit entfernt.

Was der Nachgaullismus gebracht hat, ist an sich schon wichtig genug. Unter dem Staatspräsidenten Pompidou ist schon eine andere Atmosphäre entstanden. Das Zeitalter der Vetos ist vorüber. Das ist schon sehr viel. Aber, Hohes Haus, auch wir sollen uns keine Illusionen machen.

Ich berufe mich jetzt auf den Londoner „Economist“, der kürzlich gesagt hat, der französische Premierminister Chabon-Delmas — ich übersetze es jetzt wegen der zweifachen Umübersetzung — hätte gemeint, das pompidouistische Frankreich ist bereit, auf der Straße Europas so rasch und so weit zu gehen wie seine Partner. Der „Economist“ sagt dazu, der französische Staatspräsident Pompidou hat das sehr bald danach mit seinen Erklärungen korrigiert. Es stellt sich heraus, daß auch das gegenwärtige nachgaullistische Frankreich wieder einem bekannten Grundsatz treu ist, nämlich daß ein Geleitzug vom langsamsten Schiff bestimmt wird; und das ist wieder in diesem Geleitzug EWG Frankreich.

Der Staatspräsident Pompidou ist zweifellos ein charmanter und ein freundlicher Verzögerer, aber er ist immerhin in der EWG noch ein Verzögerer. Ich glaube, daß man doch erkennen muß, daß die Auseinandersetzung, die heute geführt wird, ungeheuer wichtig ist und die inneren Spannungen zeigt. Frankreich verlangt erst die Vollendung der EWG, erst die Klärung über die dauernde Finanzierung des Agrarmarktes und die politische Einheit und sagt: und dann erst die Erweiterung, die Aufnahme Großbritanniens und der anderen.

14544

Nationalrat XI. GP. — 169. Sitzung — 16. Dezember 1969

Czernetz

Die Fünf, unter ihnen besonders Deutschland und Holland, sagen: zuerst Erweiterung, rascheste Aufnahme Großbritanniens und der anderen, und dann und gleichzeitig Vollendung der EWG und die politische Einheit.

Man darf doch die Augen davor nicht verschließen, daß da eine sehr ernste Problematik vorliegt! Wenn man nämlich zuerst die Vollendung versucht, dann wird die Erweiterung hinausgeschoben. Man wird die EWG aber auch schwerer erweitern können, wenn vorher die Vollendung, die vollständige Herausbildung fester Formen der EWG erfolgt ist.

Man muß auch umgekehrt zugeben: Wenn man zuerst die Erweiterung durchführt, dann wird die Vollendung verzögert und sie wird nicht leichter gemacht. Hier liegt ein sehr ernstes Problem vor, und wir sind von einer Lösung des Problems noch sehr weit entfernt.

Frankreich ist weiter gegen die Supranationalität, und ich glaube, wir sind alle in Europa Zeugen und Opfer der tragischen Folgen eines starren Perfektionismus. Vielleicht darf ich sagen, daß der Rom-Vertrag, die Verfassungsurkunde der EWG, eine merkwürdige Verbindung der intellektuellen Brillanz und Konsequenz der Franzosen mit der politischen Romantik und wissenschaftlichen Pedanterie der Deutschen gebracht hat. Aber hier besteht eine starre Form, die vor allem so wenig Raum für eine Zusammenarbeit läßt und für das Zusammenwirken aller europäischen Völker und Staaten mit ihrer verschiedenen geschichtlichen Entwicklung, der unterschiedlichen staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Lage, der verschiedenen sozialen, ökonomischen und kulturellen Entwicklung.

Die starre perfektionistische Ordnung schafft außerordentliche Schwierigkeiten, besonders für uns, für die drei kleinen neutralen Staaten Europas, die ihre Neutralität nicht aufgeben wollen und auf ihre Souveränitätsrechte nicht verzichten können und nicht verzichten dürfen und daher in die Supranationalität einfach nicht hineinpassen; sie haben drinnen keinen Platz.

Ich darf nebenbei sagen: Als Sozialist und Internationalist bin ich prinzipiell für die Aufgabe nationaler Souveränitätsrechte zugunsten einer supranationalen Demokratie. Freilich gibt es die in der EWG auch nicht. Man bemerkt das deutlich jetzt bei dem Ringen um das Recht, die Mitglieder des Europäischen Parlaments direkt zu wählen. Das ist ja in der EWG zunächst auch nicht durchsetzbar. Aber abgesehen davon muß ich auch bei meiner grundsätzlichen Einstellung als Sozialist und Internationalist sagen: Sozialisten eines neutralen Landes stehen genauso

wie die anderen vor zwingenden Schranken, die man nicht übersteigen kann.

Kollege Scrinzi hat vorhin gemeint, wir sollen vor der Alternative europäische Einheit und Neutralität nicht ausweichen. Dazu möchte ich nur sagen: Ich würde in dieser Geschichtsphase — ohne zu wissen, wie lang sie dauern wird, das können fünf Jahre und das können 20 oder 30 Jahre sein —, in der sich Österreich in dem Raum zwischen den beiden rivalisierenden Militärblöcken befindet, vor dem Sandkastenspiel mit dem Ausscheiden aus der Neutralität warnen! Das könnte unserer internationalen Glaubwürdigkeit schaden. In dieser Geschichtsphase werden wir nämlich vor diesem Problem nicht stehen, weil die Neutralität unsere Existenzgrundlage ist, und daran kann niemand vorbeigehen. Was immer die Wünsche des einen oder des anderen sein mögen, das ändert nichts daran. Ich möchte bitten, daß man das doch ernsthaft betrachtet, aber dann auch sieht, daß wir in dem Integrationsprozeß Europas Platz finden müssen als Neutrale, ohne die Neutralität und damit unsere Existenzgrundlage zu gefährden oder gar aufzugeben.

Eine realistische Betrachtung Europas zeigt, daß man elastische, daß man pragmatische Lösungen braucht, daß sie ein dringendes Gebot sind, ein Gebot der politischen Vernunft. Gewisse Lockerungen im Gebäude der EWG — die Umgehungen, Vertagungen, Abschwächungen —, von denen ich gesprochen habe, würden andeuten, daß man eigentlich wieder die große, das ganze freie Europa umfassende multilaterale Lösung einer, wie man einmal sagte, modifizierten Freihandelszone mit der EWG als festem Kern anvisieren könnte. Aber auch das geht nicht, denn wir erleben jetzt, daß Frankreich, auch das nachgaullistische Frankreich, seine innere Gegnerschaft gegen den Supranationalismus weiter betont so wie das gaullistische; Großbritannien unter der Labour-Regierung ist gegenwärtig schärfster Gegner, die sind jetzt die Verfechter des Supranationalismus: Ich würde sagen, in Großbritannien bestehen heute die stärksten Illusionen über die praktischen Möglichkeiten des Supranationalismus.

Aber die Gipfelkonferenz in Den Haag hat keine Lösung dieser Probleme auch nur angebahnt. Was Den Haag gebracht hat, das war eigentlich eine Festlegung eines abgestuften Bilateralismus, der einem eher das größte Unbehagen bereiten kann.

In dem offiziellen Communiqué heißt es in Punkt 14 — ich übersetze jetzt frei —: Sobald Verhandlungen mit den beitragswerbenden Staaten eröffnet wurden, sollen Diskussionen mit den anderen EFTA-Staaten

Czernetz

begonnen werden, die ihre Beziehungen zur EWG besonders regeln wollen. — Hier wird scharf unterschieden zwischen „Verhandlungen“ mit den die Mitgliedschaft betreibenden und nachher abzuhaltenden „Diskussionen“ mit den „anderen“ EFTA-Staaten. Allein wenn ich diese Unterscheidung lese: Verhandlungen und Diskussionen, dann staune ich über den Optimismus, der nach der Veröffentlichung des Kommuniqués in Den Haag auch in der österreichischen Presse oder aus dem Munde österreichischer Regierungssprecher zu hören war. Für Österreich ist das kein Grund zu besonderem Optimismus, denn wir fallen unter die „anderen EFTA-Staaten“, mit denen man „diskutieren“ will, während mit Großbritannien und den übrigen Beitrittswerbern verhandelt werden soll; obwohl man noch nicht weiß, wann und wie lange. Aber mit uns soll dann nur „diskutiert“ werden, und es ist nicht eine Spur von einer Andeutung gemacht — in Den Haag wenigstens nicht —, daß und wie und wann man darüber hinausgehen will.

Ich staune über den Enthusiasmus und Optimismus, der hier geäußert worden ist. Wir Sozialisten waren immer für die Einheit Europas und für die wirtschaftliche Integration Europas, natürlich bei Wahrung der Stellung Österreichs als neutraler Staat. Aber gerade weil wir so entschieden dafür waren, muß man doch die Fehleinschätzungen und Illusionen der ersten OVP-Alleinregierung nach 1966, nämlich der Regierung Klaus-Bock — möchte ich sagen — doch wieder in Erinnerung bringen. Diese Illusionen von einem Alleingang Österreichs und einem raschen und kurzen Weg Österreichs zur EWG sind ja gescheitert, das wird kaum jemand mehr bestreiten können. Da wir für eine Vertragslösung mit der EWG waren, haben wir frei von Illusionen mögliche Lösungen vorgeschlagen. Wir sagten, man solle einen präferenziellen Zoll- und Handelsvertrag suchen, der GATT-konform werden kann, wenn man ihn als eine erste Phase einer späteren Freihandelszone mit den EWG-Staaten betrachtet.

Ich erinnere mich noch daran, wie der damalige Vizekanzler und Handelsminister Bock gesagt hat: Ein Handelsvertrag ist uns nicht genug, wir wollen alles haben! — Aber nichts haben wir bekommen. Es war ja nichts drinnen. Das haben wir oft genug gesagt. Wir waren nicht überrascht. Aber es hat schließlich dazu geführt, daß Vizekanzler und Handelsminister Bock gestürzt worden ist. Auch der damalige Außenminister Dr. Tončić wurde gestürzt, obwohl er für den Illusionskurs nicht verantwortlich war. Aber der, der mitgemacht

hat, Bundeskanzler Klaus ist uns erhalten geblieben.

Die Regierungsumbildung 1968 hat eine neue Linie gebracht. Der Herr Außenminister Waldheim hat im wesentlichen die gleiche Linie beibehalten, die Minister Tončić vorher eingehalten hat, durchaus eine mit unserer Neutralität zu vereinbarende illusionsfreie Linie. Minister Mitterer hat sich als Minister sehr wesentlich von Vizekanzler Bock unterschieden. Wir haben — das möchte ich in Erinnerung rufen — die neue, nüchternere, sachlichere, realistischere EWG-Politik der Regierung seit 1968 mit Genugtuung aufgenommen und begrüßt. Wir haben nur gestaunt, daß der Kapitän der Regierungsmannschaft, der selbst voll Illusionen war, bei der realistischeren Mannschaft geblieben ist. Das hat uns Unbehagen verursacht und dazu geführt, daß wir Mißtrauen gehabt hatten. Wie berechtigt dieses Mißtrauen war, zeigt sich jetzt sehr deutlich bei den neuen Illusionen, die in Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen in Den Haag entstehen.

Hohes Haus! In der der OVP nahestehenden Presse konnte man in den letzten Wochen beobachten, wie man da in sensationeller Aufmachung so getan hat, als ob wir schon wieder einmal in Eilmärschen nach Brüssel ziehen könnten! Nur eine kleine Auswahl. Im „Volksblatt“ vom 10. Dezember kann man lesen: „EWG gibt Kontakte mit Wien frei“; amtliche „Wiener Zeitung“, 10. Dezember: „Zu Vorgesprächen mit der EWG bereit.“ Das bezieht sich offenbar auf uns, als ob wir niemals nicht dazu bereit gewesen wären. Das war groß aufgemacht in der amtlichen „Wiener Zeitung“ auf der ersten Seite zu sehen: „Zu Vorgesprächen mit der EWG bereit.“

An diesem Tag konnten wir in der „Presse“ lesen: „EWG-Offert wird aufgegriffen.“ Ich habe gestaunt, daß wir ein Offert von der EWG bekommen haben. Das „Volksblatt“ einen Tag darnach: „Wünsche an EWG bis Freitag.“ Ich lese jetzt nur die Titel vor. Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ am gleichen Tag: „Nächste Woche 1. EWG-Runde“ — fangen schon wieder die Runden an! Am 13./14. „Die Presse“: „Neuer Anlauf in Brüssel.“ Gemeint war nach Brüssel. „Volksblatt“ vom 14.: „EWG-Gespräche laufen an.“ Ich habe über diese Aufmacher gestaunt. Es wird damit der Eindruck erweckt, als sei jetzt wirklich eine neue große Bewegung im Gange, wir kommen in die EWG hinein. Es ist ein falscher Eindruck, der auf diese Weise hervorgerufen wird. Es sind Mißverständnisse, es werden Illusionen entfacht, es wird eine Irreführung herbeigeführt.

Czernetz

Ich möchte auch an dieser Stelle wieder erklären: Über die neue Aktivität ist weder der Außenpolitische Ausschuß noch der Integrationsausschuß nach dem Gipfeltreffen in Den Haag und der Sitzung des Ministerrates der EWG auch nur informiert worden, von Konsultationen gar keine Rede. Aber wir lesen in den Zeitungen von österreichischen Delegationen, die nach Brüssel abgehen, daß Verhandlungen beginnen, daß Gespräche beginnen. Warum hat man mit dem Parlament, den zuständigen Körperschaften — Außenausschuß und Integrationsausschuß — nicht geredet? (*Abg. Dr. Fiedler: Herr Kollege, Sie kennen doch die Geschäftsordnung!*) Man kann als Mehrheit — das ist einstimmig zu erreichen — durchaus sagen: Wir wünschen auch ohne Aufhänger eine solche Sitzung. Man wird zu einer Revision der Geschäftsordnung kommen, wenn wir es wollen. (*Abg. Doktor Fiedler: Das liegt nicht an uns als Obmänner und Stellvertreter des Obmannes, sondern das liegt am Parlament selber! — Ruf bei der SPÖ: Das sagt er ja die ganze Zeit!*) Aber, Herr Kollege Fiedler, wie oft haben wir das vor den Sitzungen des Außenpolitischen Ausschusses gesagt.

Ich komme jetzt wieder zur Auslegung des Herrn Präsidenten Maleta. Ich bitte um Entschuldigung, aber Dr. Maleta hat in seiner Eigenschaft als Präsident im Finanz- und Budgetausschuß vor ein paar Jahren gesagt: Wenn die Mehrheit des Ausschusses — praktisch werden das die beiden großen Parteien sein — sagt, wir wollen eine Ausdehnung der Tagesordnung dieser Sitzung haben ... (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Das geht nicht!*) Aber bitte vielleicht machen Sie das in Ihrer Partei aus. Jetzt kann der Herr Präsident das nicht, jetzt amtiert er als Präsident. Wenn er aber in Ihrer Partei als Parteifunktionär ist, dann diskutieren Sie darüber, dann einigen Sie sich aber auf eine Linie. Ich bin der Meinung, daß man es kann, daß man nicht eine Lähmung des Außenpolitischen Ausschusses herbeiführen darf aus — wie sagen die Engländer? — legalistischen Gründen. Das ist nicht Legalität, sondern das sind legalistische Vorwände, die man sucht. Wir müssen hier zu einer möglichen Form kommen, denn sonst liest der Parlamentarier in der Zeitung: Die Regierung hat eine neue Initiative, wir gehen nach Brüssel, es beraten Ministerkomitees, die Beamten folgen; und wir können in der Zeitung das lesen, was Journalisten früher erfahren als die Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft dieses Landes. Das ist ein unwürdiger, ein politisch unmöglicher Zustand für ein Parlament.

Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ haben an dem gleichen Tag, den ich erwähnt

habe, berichtet, daß in der OVP Widerstände gegen diese Vorbereitung der EWG-Runde bestehen, daß sowohl Industrielle wie Agrarier die verschiedensten Ausnahmen verlangen, und die oberösterreichische Zeitung warnt davor, daß man jetzt nicht wieder das zerstören soll, was man aufzubauen beginnen will.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch etwas anderes erwähnen. Was ist denn in Wirklichkeit jetzt in Europa geschehen? Außenminister Moro hat in Kopenhagen dem Herrn Außenminister Waldheim die Zusage gegeben, daß Italien das Veto gegen Verhandlungen mit Österreich zurückziehen werde. Kollege Scrinzi hat gemeint, das steht ja nicht in Übereinstimmung mit dem Rom-Vertrag. Er hat vollkommen recht. Das merkwürdige daran war ja nur, daß, als die italienische Regierung ihr Veto gegen ein Verhandlungsmandat mit Österreich im Ministerrat der EWG vorgebracht hat, die anderen Außenminister der EWG das hingenommen haben, mit dem Ergebnis, daß das ein Vorwand für die französische Regierung war, später ein Veto gegen das Verhandlungsmandat mit Großbritannien zu erheben.

Das ist schon passiert. Sie sagen mit Recht, Kollege Scrinzi, das ist ja in Wirklichkeit gegen den römischen Vertrag gewesen. (*Abg. Dr. Scrinzi: Aber von Verträgen hält die OVP ja nichts!*) Bitte. Aber das war einfach ein politisches Faktum. Jedenfalls ist es wahrscheinlich, nach dem, was man hört, daß Minister Moro im Ministerrat der EWG die Mitteilung von der Zurückziehung des Vetos gemacht hat. Und was ist dann weiter geschehen? Die „Wiener Zeitung“ schreibt am 10.: „In den zuständigen österreichischen Ministerien wartet man nun auf die Bekanntgabe des genauen Auftrags an die EWG-Kommission.“ Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ schrieben am 11.: Österreich will wissen, was sich die EWG vorstellt. Und am 10. schrieb Chefredakteur Stamprech in der amtlichen „Wiener Zeitung“, es ist seltsam, daß die EWG jetzt von Österreich wissen will, was Österreich will. Das haben wir ja schon längst gesagt. Wir haben es sogar sehr lange gesagt. Die exploratory talks haben jahrelang gedauert. Bis zur Erschöpfung haben wir in Brüssel erklärt, was wir wollen. Vielleicht hat man übertrieben, aber soviel ich weiß, hat man dann auch konkret gesagt, was im kleinen möglich wäre. Und jetzt, nach dem Gipfel in Den Haag? Der EWG-Ministerrat hat kein neues Verhandlungsmandat beschlossen. Der offizielle Text, soweit ich ihn in einer provisorischen Übersetzung bekommen habe, lautet, daß der Ministerrat beschlossen hat, die Europäische Kommission hätte,

Czernetz

nachdem sie das geeignete Verfahren herausgefunden hat, die Grundlagen zu untersuchen, von denen aus die österreichische Regierung die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der EWG wünscht, um dem Ministerrat darüber in kürzester Frist zu berichten. (*Ruf bei der ÖVP: Das ist erst in späterer Folge gedacht!*) Ja, aber zunächst einmal hat der Ministerrat der EWG der Kommission überraschend gesagt: Findet heraus, was Österreich will. Aber es haben doch schon vier Jahre lang exploratory talks stattgefunden. Also jetzt will man wieder von der Kommission haben, daß sie herausfindet, was wir wollen. Ich will mich jetzt nicht auf die technischen Details einlassen, nicht darauf einlassen, wie weit man dazu kommt, lineare Zollsenkungen vorzuschlagen, oder gar versucht, von Ware zu Ware mit Ausnahmslisten Komplikationen zu schaffen. Die Gespräche erfolgen jetzt auf Beamtenebene. Ich würde nur wünschen, daß man mit dem Parlament darüber redet.

Aber entscheidend ist, daß es noch nie wirkliche Verhandlungen der EWG-Kommission mit Österreich gegeben hat, weil es noch nie ein entsprechendes Verhandlungsmandat gab. Bevor eines erbracht werden konnte, kam das italienische Veto, und es hat jahrelang bisher nur erhebende, aufklärende Gespräche — exploratory talks — gegeben. Jetzt kann man im Sinne des Kommuniqués von Den Haag sagen: Die Europäische Kommission wird mit unseren Beamten diskutieren. Dabei ist das hier schon vorgezogen, vor den Diskussionen, die erst geführt werden sollen — wie in Den Haag gesagt worden ist — nach dem Beginn der Verhandlungen mit Großbritannien.

Ich muß sagen: Das alles ist kein Grund dafür, besonders optimistisch zu sein. Herr Bundesminister Mitterer hat laut „Volksblatt“ am 10. gesagt hat: Wir wollen feststellen, was wir jetzt wollen, aber das wird zielkonform sein. Ich muß sagen: Mir ist nicht ganz klar, was da zielkonform sein soll.

Was wir jetzt im Bereiche des Möglichen sehen können, ist ein Präferenz Zoll- und Handelsvertrag als erste Stufe für eine spätere Freihandelszone. Man soll konkret sagen, was man da drin haben will, wie der Vertrag gestaltet werden soll. Mit der Zielkonformität weiß ich nichts anzufangen.

Aber auch da möchte ich wieder entschieden ersuchen: Man soll rechtzeitig mit dem Parlament reden, man soll die zuständigen Ausschüsse, den Integrationsausschuß und den Außenausschuß, informieren und konsultieren, bevor man Texte für endgültige Beschlüsse ausarbeitet.

Gründliche und rechtzeitige Vorbereitungen sind gut und erfreulich. Aber ich kann mich der Hoffnung auf ein bald zu erreichendes Verhandlungsmandat der Kommission nicht anschließen. Man zittert heute, ob es tatsächlich in einem halben Jahr zu einem Beginn der Verhandlungen mit Großbritannien kommen wird. Dann wird es lange Verhandlungen geben. Man frage doch in der EWG nach, ob zu erwarten ist, daß dann bald auch die Verhandlungen mit Österreich beginnen werden. Oder glaubt jemand, daß man in der EWG sagen wird: Mit Österreich machen wir das schnell, noch bevor wir mit Großbritannien verhandeln!? — Bitte, man soll uns das sagen, damit wir wissen, wie groß die Illusionen im Kreise der Bundesregierung sind. Ich halte das für völlig aus der Luft gegriffen. Das ist völlig unreal. Ich möchte daher entschiedenst vor Illusionen warnen.

Wenn das gaullistische Frankreich sachliche Einwendungen gegen eine Assoziierung Österreichs erhoben hat, weil Frankreich auf dem Standpunkt stand, daß das vom eigenen nationalen Gesichtspunkt, aber auch vom Standpunkt der Beziehungen zur Sowjetunion aus nicht günstig ist, dann darf ich doch die Frage stellen: Soll man hier falsche Vorstellungen über den Standpunkt entwickeln, den das nachgaullistische Frankreich beziehen wird?

Herr Bundesminister Waldheim weiß sicherlich genauso, wie ich es von Europaratsdelegierten aus einigen europäischen Parlamenten erfahren konnte, welche Vorstellungen es da gibt. Er weiß sicherlich genausogut wie ich oder sogar besser als ich, daß auch die gegenwärtige französische Regierung Verhandlungen irgendwelcher Art mit Österreich nur dann zustimmen wird, wenn darüber vorher mit der Sowjetregierung das Einverständnis hergestellt wurde.

Herr Bundesminister! Es ist ein Nachteil, wenn Sie nur im Kolloquium Gelegenheit haben, mit den Parlamentariern zu diskutieren, aber sonst unter Ihren Ministerkollegen bleiben. Die Parlamentarier, die miteinander Kontakt haben, berichten einem sehr viel darüber hinaus, nämlich das, was sie in ihren nationalen Parlamenten erfahren.

In einigen Parlamenten europäischer Mitgliedstaaten ist der offizielle Standpunkt Frankreichs klargemacht worden. Wir müssen damit rechnen. Es ist nicht überraschend, an der Linie des pompidouistischen Frankreichs im Verhältnis zur Sowjetunion ist gar nicht neu und soviel anders als vorher. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Beweise!*) Sie haben ja auch Beweise verlangt, ob wir vorher über die Stellung Frankreichs uns gegenüber sprachen, bis dann Premierminister Pompidou und

14548

Nationalrat XI. GP. — 169. Sitzung — 16. Dezember 1969

Czernetz

Außenminister Couve de Murville das hier in Wien sehr deutlich bestätigt haben.

Die Informationen, die wir bekommen haben und die auch Sie bekommen können, wenn Sie mit Kollegen anderer Länder zu reden Gelegenheit haben, sollen uns Parlamentarier doch vor falschen Vorstellungen bewahren und uns dienlich sein. Das gilt für uns alle, gleichgültig welcher Partei wir angehören. Das Parlament ist ein Kontrollorgan gegenüber der Regierung und der Verwaltung. Darum fühle ich mich verpflichtet, das hier zu berichten. Ich kann natürlich nicht sagen, von wem ich die Information habe. Es wurde deutlich gesagt, daß das als offizieller Standpunkt der französischen Regierung im Rahmen der EWG bekannt ist. Ich warne daher entschiedenst vor Illusionen und davor, einen Standpunkt einzunehmen, der leicht zu einer Irreführung der österreichischen Öffentlichkeit führen kann.

Die „Prawda“ hat erst am 29. November wieder die drei neutralen Staaten Europas ermahnt, sich nicht dem Gemeinsamen Markt anzuschließen. Das deckt sich auch wieder mit der anderen Linie, die wir in den Jahren bisher erlebt haben. Warum sollen wir wieder in einen Circulus vitiosus der Illusionen geraten? Wir Sozialisten sind immer mit Entschiedenheit und Zähigkeit für einen Vertrag mit der EWG, einen Präferenz Zollvertrag, der, wie wir hoffen, erreichbar ist, eingetreten. Aber keine falsche Eile und keine irrealen Geschäftigkeit!

Die Schweizer haben sich von einer unseriösen Drängerei ferngehalten und sind jetzt nicht schlechter dran als wir. Wir haben mit Eile und Drängen gar nichts erreicht.

Im großen ist die Zukunft Europas und der europäischen Einheit weiter so ungewiß wie bisher, weil der politische Wille zur Einheit genauso fehlt wie vorher. Haag hat leider keine Änderung gebracht.

Was wir sehen müssen, ist, daß die gegenwärtige Lähmung Europas parallel zu der merkwürdigen Erscheinung der Lähmung der beiden rivalisierenden Blöcke, der Militärblöcke, steht. Aber jetzt wird ein neues internationales Element sichtbar. Die chinesische Volksrepublik, also das kommunistische China, beginnt in den Berechnungen hinsichtlich der Politik Amerikas und Rußlands eine immer größere Rolle zu spielen. Die Russen sind zweifellos daran interessiert, sich in Europa den Rücken zu decken, dies gerade im Hinblick auf China. In Amerika spielt man mit dem Gedanken: Wie weit können wir uns mit China verständigen, um aus der internationalen Verkrampfung herauszukommen?

Man hat das bedenkliche Verhältnis der USA zur SU mit zwei Skorpionen verglichen, welche in einer Flasche eingestöpselt sind; die Skorpione können nicht voneinander loskommen, und ihre gegenseitige Bedrohung birgt in sich die Gefahr des gemeinsamen Unterganges.

Aber für uns wird es gut sein, wenn wir gerade im Lichte der gegenwärtigen Entwicklung von der Bipolarität zu einer Tripolarität sehen, ob wir nicht die Stellung der Republik Österreich zum kommunistischen China überprüfen müssen; nicht deswegen, weil wir die dortige Diktatur moralisch oder politisch rechtfertigen wollen — wir wollen das genauso wenig wie bei jeder anderen Diktatur —, sondern weil das wahrscheinlich ein Akt der realpolitischen Vernunft ist.

Das leichte Tauwetter, das jetzt zwischen Ost- und Westblock besteht, erleichtert keineswegs den Prozeß der europäischen Integration. Die Integration hat in der Zeit des Kalten Krieges die größten Fortschritte gemacht. Das ist an sich unerfreulich, weil es dagegen spricht, daß die Menschen nur aus Vernunft handeln. Sie haben vielmehr aus Angst gehandelt, während sie aus Vernunft leider zuwenig tun. Das gilt für die Völker genauso wie für die Staatsmänner!

Man erlebt jetzt, wie im Zusammenhang mit dem sowjetischen Bemühen, sich im Westen den Rücken zu decken, Bestrebungen unternommen werden, eine europäische Sicherheitskonferenz, der Vorschlag hiezu stammt von Finnland, vorzubereiten. Er findet aber die stärkste Unterstützung der Warschauer-Paktstaaten. Meine Partei ist sehr entschieden dafür, dazu ja zu sagen. Natürlich gibt es Bedingungen, die erfüllt werden müssen, und zwar in bezug auf die Vorbereitung, die Tagesordnung und die Teilnehmer. Auch die Vereinigten Staaten und Kanada müssen dabei sein. Ohne die Amerikaner gibt es keine europäische Sicherheitskonferenz, sondern nur eine europäische „Unsicherheitskonferenz“. Es geht aber auch um die Klärung der zu besprechenden Probleme.

Ich möchte auch dazu sagen: Wir sollen uns vor Illusionen rechtzeitig bewahren, vor Illusionen über den Charakter der kommunistischen Diktaturen, dies auch dann, wenn sie sich modifiziert haben. Wir müssen erkennen, daß die Sowjets so wie in der Vergangenheit die De-jure-Anerkennung des Status quo wollen. Das schafft außerordentliche Schwierigkeiten. Ich glaube, niemand von uns in diesem Hohen Hause liebt den Status quo, wie wir ihn in Europa vorfinden. Niemand in Europa liebt ihn! Die Kommunisten wollen im Westen kommunistische Systeme erreichen,

Czernetz

und der Westen wünscht eine Demokratisierung im Osten. Wir sollen uns aber darüber illusionsfrei klar sein, daß es in dieser Geschichtsperiode nur Frieden auf der Grundlage des Status quo geben wird. Wenn der Status quo verlorengeht, ist auch der Friede verloren; dann ist eine der größten Gefahren herbeigeführt worden.

Die De-jure-Anerkennung — wahrscheinlich nur soweit es sich um die geographischen Grenzen handelt — „ja“. Aber darüber hinaus steht der Westen vor großen Schwierigkeiten. Die Bundesregierung hat es etwa sehr schwer, die DDR de jure anzuerkennen, und es gibt auch noch eine Reihe von anderen Schwierigkeiten für eine De-jure-Anerkennung der kommunistischen Eroberungen in Osteuropa.

Ich glaube nur, daß man auch noch etwas anderes erkennen muß, das dann auch uns betrifft: Die Sowjets leiten vom Status quo auch die sogenannte Breschnjew-Doktrin ab, die Theorie und Praxis der beschränkten Souveränität der Staaten im kommunistischen Lager. Das ist etwas, was nicht anerkannt werden kann. Das kann auch nicht von uns anerkannt werden, auch wenn unsere Anerkennung nur theoretische oder moral-politische Bedeutung haben mag. Diese Doktrin verstößt gegen die UN-Charta und sie kann weder de jure noch moralisch oder politisch gebilligt werden.

Man soll sich auch keiner Fehleinschätzung über mögliche Auflockerungen im Ostblock hingeben. Das tragische Schicksal der ČSSR bewahrt uns vor Fehleinschätzungen und übertriebenen Hoffnungen.

Daraus ergibt sich, daß der Rahmen für positive Ergebnisse und Erfolge einer europäischen Sicherheitskonferenz sehr begrenzt ist. Wie wird man die Teilung Deutschlands überwinden und die Wiedervereinigung herstellen? Wird man über die Teilung Berlins hinwegkommen? Wahrscheinlich nicht so leicht und so bald, wahrscheinlich erst am Ende einer langwährenden allgemeinen Verständigung, aber nicht am Beginn.

Am aussichtsreichsten sind Vereinbarungen auf dem Gebiete der Einschränkung kostspieliger Rüstungen. Ich betone: kostspielige, aber nicht allgemeine Abrüstung. Ich erwähne das sogenannte SALT, das die Beschränkung strategischer Nuklearwaffenrüstungen darstellt. Diese Ausrüstung kostet allen sehr viel. Da zögern die Amerikaner und Russen, wie weit sie noch gehen sollen und ob sie darüber Vereinbarungen finden können.

Es gibt Vereinbarungen auf dem Gebiet des Atomstopp-Tests und den Atomsperrvertrag. Auf diesen Gebieten wird man auch weiterhin

etwas erreichen können. Ich glaube, daß wir als kleines neutrales Land eine unabhängige Politik betreiben und uns bereit halten sollen, gute Dienste zu leisten und zu vermitteln, wenn das von allen verlangt wird.

Hohes Haus! Aber wenn ich erst kürzlich in der „Neuen Zürcher Zeitung“ gelesen habe, daß uns und besonders dem Herrn Bundesminister Dr. Waldheim die „Prawda“ besonderes Lob spendet, dann muß ich sagen, daß ich dem Herrn Minister Waldheim das Lob nicht neiden möchte. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt dazu, daß die „Prawda“ den Zweck verfolgt, durch ein Gemisch von Schmeicheleien, Verheißungen und Warnungen die Neutralen in das Spiel Moskaus einzuspannen. Wenn man das weiß, soll man sehr vorsichtig sein.

Ich möchte dazu eines sagen: Dieses Lob, das Herr Minister Waldheim erhalten hat — er hat sich sicherlich nicht darum besonders beworben —, hat Kreisky nie von Moskau bekommen. Merkwürdigerweise haben wir nur von der Österreichischen Volkspartei den Vorwurf erhalten, daß Kreisky und wir alle „halbe Kommunisten“ sind. Das wollen wir in Erinnerung gebracht haben.

Man muß jedenfalls eine Politik betreiben, bei der man nicht von den Kommunisten eingespant werden kann und auch nicht der Verdacht eines solchen Einspannens entstehen kann.

Von einer Liebedienerei von seiten der gegenwärtigen Regierung einem anderen Staat und einem anderen System gegenüber haben wir erst kürzlich in dem Hohen Hause bei der Frage des Falles Gstrein und dem Verhalten gegenüber der griechischen Militärdiktatur gesprochen.

Seit zwei Jahren haben wir als Parlamentarier im Europarat einen zähen und erbitterten Kampf zur Verteidigung der Grundsätze der Demokratie und der politischen Integrität des Europarates geführt. Ich bedaure, daß wir dabei sehr wenig Unterstützung von seiten der Bundesregierung bekommen haben.

Ich benütze hier die Gelegenheit, allgemein zu sagen, daß wir bedauerlicherweise von der österreichischen Regierung auch in der Frage der Mobilisierung des Instruments Europarat allgemein ebenso wenig Unterstützung erhalten haben wie die Parlamentarier anderer Länder durch ihre Regierungen. Das heißt: Unsere Regierung so wie die anderen Regierungen haben das Instrument Europarat als ein mögliches Organ der politischen Konsultation nicht wirklich genützt. Das bedauern wir aufrichtig. Ich kann nur hoffen, daß sich das in Zukunft ändern wird.

14550

Nationalrat XI. GP. — 169. Sitzung — 16. und 17. Dezember 1969

Czernetz

Hohes Haus! Zum Schluß kommend, möchte ich sagen: Wir Sozialisten waren und sind gegen eine Außenpolitik, die sich nur auf eine Partei stützen kann. In großen Ländern ist das unter Umständen eine Sache, die möglich und diskutabel ist und auch gemacht wird. In einem kleinen Land mit einer exponierten Lage wie Österreich ist das ungünstig und kann gefährlich werden. Gerade die Außenpolitik darf nicht ein Instrument einer Partei — auch nicht einer Mehrheitspartei — sein, sondern sie soll die gemeinsame Politik der Parteien des Parlaments sein.

Österreich kann nur in einer gemeinsamen Politik wirklich unabhängig handeln und für die Freiheit und Neutralität unseres Landes eintreten. Es hat frei und unabhängig für eine

echte Entspannung und Verständigung zwischen Ost und West und für eine selbständige Politik im Dienste von Sicherheit und Frieden einzutreten. *(Anhaltender Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Ich unterbreche jetzt die Sitzung bis morgen Mittwoch, den 17. Dezember, 9 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wird in der Erledigung der Tagesordnung fortgefahren.

Nach Erledigung der Tagesordnung wird nach einer kurzen Unterbrechung eine weitere Sitzung abgehalten.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 16 Uhr unterbrochen und am Mittwoch, dem 17. Dezember 1969, um 9 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 17. Dezember 1969

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Zur Verhandlung steht der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1388 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1462 der Beilagen). Spezialdebatte über die Beratungsgruppe III. Diese umfaßt Kapitel 20: Außeres.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Hohes Haus! Ich habe vorgestern eine auf den Herrn Präsidenten Dr. Maleta persönlich bezogene Formulierung verwendet, die ich weder aufrechterhalten kann noch aufrechterhalten will. Ich ziehe diesen Ausdruck zurück, entschuldige mich dafür *(Beifall bei ÖVP und SPÖ)* und bitte den Herrn Präsidenten Dr. Maleta, diese Entschuldigung anzunehmen. *(Neuerlicher Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Präsident: Ich danke, Herr Kollege Peter. Ich weiß Ihre Haltung außerordentlich zu schätzen. Ich danke vielmals.

Wir gehen in der Rednerliste weiter. Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Außenminister. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. **Waldheim:** Hohes Haus! Die außenpolitische Debatte findet in einer Zeit statt, in der wir mit zwei sehr divergierenden internationalen Entwicklungen konfrontiert sind. Einerseits eine Tendenz zur Entspannung: Wir haben die Abrüstungsgespräche in Helsinki, das Streben nach einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit beziehungsweise nach Abhaltung einer Sicherheitskonferenz. Wir haben die sowjetisch-chinesischen Verhandlungen

und schließlich die Bestrebungen, den Atomsperrvertrag in Kraft zu setzen.

Dieser positiven Entwicklung stehen allerdings beträchtliche negative Entwicklungen gegenüber. Die großen Krisenherde bestehen weiter. Das Ende des Krieges in Vietnam ist nicht abzusehen, die Krise im Mittleren Osten läßt nicht erwarten, daß es dort in nächster Zeit zu einer Lösung kommen wird; das Blutvergießen in Nigieren geht weiter, und auch in Zypern kann der prekäre Friede nur durch die Anwesenheit der Vereinten Nationen aufrechterhalten werden.

In dieser Situation ist es für Österreich umso wichtiger, seine Politik der strikten Neutralität konsequent fortzusetzen. Diese Politik beruht nach wie vor auf den beiden Grundfesten unserer Außenpolitik, nämlich Staatsvertrag und Neutralität.

Im Laufe der gestrigen Debatte sind in diesem Zusammenhang einige Aspekte unserer Außenpolitik aufgezeigt worden, vor allem im Hinblick auf die Entwicklung in Europa, und ich darf mir gestatten, zu einigen Aspekten, die hier aufgezeigt wurden, kurz Stellung zu nehmen.

Abgeordneter Czernetz hat verschiedene Fragen releviert. Ich darf vielleicht eingangs zu einer prozeduralen Frage Stellung nehmen. Der Herr Abgeordnete hat darauf verwiesen, daß mehr Information über außenpolitische Fragen erforderlich wäre und daß sich diese Information nicht nur auf persönliche Informationen beschränken sollte, die er, wie er vermerkte — und wofür ich ihm dankbar bin —, von mir selbst und meinen Herren im Außenministerium erhalten hat, sondern auch

Bundesminister Dr. Waldheim

im Rahmen des Außenpolitischen Ausschusses gegeben werden sollte.

Ich möchte hier darauf verweisen, daß ich selbstverständlich jederzeit dem Ausschuß für solche Informationen zur Verfügung stehe, daß es aber nicht in meinen Verantwortungsbereich fällt, den Außenpolitischen Ausschuß einzuberufen. Das ist meines Wissens Sache der Präsidialkonferenz. Ich muß gestehen, daß ich mich gerne und öfter in der Lage gesehen hätte, außenpolitische Informationen zu geben, dazu aber keine Gelegenheit hatte, weil der Außenpolitische Ausschuß nicht einberufen wurde. Ich darf wiederholen, daß ich gerne dem Ausschuß zur Verfügung stehe, daß die Initiative dazu aber nicht bei mir liegen kann.

Ich darf nun auf die substantiellen Fragen eingehen und hier vor allem die gestern vom Herrn Abgeordneten Czernetz relevierte EWG-Frage anschnitten und das Hohe Haus über die letzten Entwicklungen informieren. Es ist in der Integrationsfrage zweifellos eine Auflockerung eingetreten. Das Verhalten Frankreichs hat dazu geführt, daß man sich nunmehr wieder bereit findet, Verhandlungen betreffend die Erweiterung der EWG in Erwägung zu ziehen. Die Gipfelkonferenz in Haag hat bekanntlich beschlossen, diese Erweiterung ins Auge zu fassen und vor allem die Verhandlungen mit Großbritannien und den anderen Beitrittskandidaten aufzunehmen. Wenngleich kein konkreter Termin gesetzt wurde, so nimmt man an, daß das um die Mitte des Jahres 1970 der Fall sein wird. Bis dahin sollen exploratorische Gespräche geführt werden.

Das Abschlußkommuniqué enthält bekanntlich auch einen Passus, in dem es heißt, daß unmittelbar nach der Aufnahme der Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten auch Gespräche mit den übrigen EFTA-Staaten aufgenommen werden sollen.

Das ist die eine Entwicklung. Parallel dazu aber läuft eine andere Entwicklung, und darüber möchte ich dem Herrn Abgeordneten Czernetz folgende Information zur Verfügung stellen: Unabhängig von der Entwicklung im Haag hat sich die österreichische Bundesregierung in den letzten Monaten bemüht, die Verhandlungen mit Österreich wieder in Fluß zu bringen, und diesbezüglich Kontakte mit den EWG-Staaten aufgenommen. Im Zuge dieser Bemühungen ist es gelungen, daß sich die EWG entschloß, explorative Gespräche mit Österreich aufzunehmen. Dieser Beschluß, meine Damen und Herren, wurde in der EWG-Ministerratsitzung vom 8. des Monats gefaßt und lautet dahingehend, daß explorative Kontakte mit Österreich aufgenommen werden.

Da gestern die Frage gestellt wurde, in welcher Form diese Aufnahme erfolgen soll, welcher Auftrag hier erteilt wurde, darf ich mir erlauben, Ihnen aus dem Bericht unserer Botschaft vorzulesen. Ich übersetze aus dem Französischen: Der Außenministerrat hat die Kommission eingeladen, Kontakte mit der österreichischen Regierung aufzunehmen, um die Frage zu studieren, in welcher Weise die Details des österreichischen Wunsches geklärt werden können, und ihm umgehend einen Bericht hierüber vorzulegen.

Sie sehen also, es liegt hier ein Auftrag des Ministerrates der EWG an die Kommission vor, mit Österreich Kontakte aufzunehmen, um die Frage des weiteren Vorgehens abzuklären.

Ich möchte erwähnen, daß es sich nicht um Verhandlungen handelt, sondern um explorative Kontakte, Gespräche mit österreichischen Experten, um festzustellen, welche Möglichkeiten sich für Österreich bieten.

Nun wurde gestern die Frage gestellt, warum denn das überhaupt notwendig sei, da man ja in Brüssel sowieso wisse, was Österreich will, und es daher nicht notwendig sei, diese Frage neuerlich zu stellen.

Nun, meine Damen und Herren, ich darf diese Frage aufklären. Es geht darum, daß wir zwar am Ziel unserer Bemühungen festhalten, daß wir aber in realistischer Einschätzung der Gegebenheiten die EWG wissen haben lassen, daß wir uns als Zwischenlösung ein Sonderarrangement in Form eines präferenziellen Handelsabkommens vorstellen und daß in dieser Richtung die entsprechenden explorativen Gespräche geführt werden sollten.

Schon in der Vergangenheit war an eine lineare Zollsenkung von zirka 30 bis 40 Prozent gedacht, sowie an Sondervereinbarungen für die Landwirtschaft, vor allem auf dem Abschöpfungssektor.

Sie sehen also, es geht um die Frage, wie so eine Zwischenphase aussehen soll, die den Charakter eines handelspolitischen Präferenzabkommens haben könnte. Das ist der Grund, weshalb sich eine Beamtendelegation nach Brüssel begeben hat, um mit der EWG-Kommission und den dortigen Experten die verschiedenen Aspekte eines solchen Präferenzabkommens abzuklären. Erst dann wird es möglich sein, die Verhandlungen als solche aufzunehmen.

Nun wurde in diesem Zusammenhang auch die Frage gestellt, wie es mit dem Veto stehe. Es wurde einerseits das italienische Veto genannt und andererseits auch das sogenannte sowjetische Veto.

14552

Nationalrat XI. GP. — 169. Sitzung — 17. Dezember 1969

Bundesminister Dr. Waldheim

Was nun das italienische Veto betrifft, so darf ich wiederholen, was ja bekannt ist, daß die italienische Regierung keine Einwendungen mehr gegen Verhandlungen Österreichs mit dem Gemeinsamen Markt erhebt. Es ist daher die Frage irrelevant, ob es sich um ein formelles Veto gehandelt hat oder nicht. Tatsache ist, daß die italienische Regierung ihre Einwendungen gegen die Verhandlungen Österreichs mit dem Gemeinsamen Markt formell zurückgezogen hat.

Was nun die sowjetischen Einwendungen betrifft, die gestern von Herrn Abgeordneten Czernetz erwähnt wurden, so darf ich dazu folgendes sagen: Die sowjetische Regierung hat sich in der Vergangenheit immer nur gegen den Vertrag besonderer Art gestellt, der in Brüssel erliegt, und zwar im Hinblick auf die institutionellen Bindungen, die in diesem Vertragsentwurf vorgesehen waren. Bereits bei früheren Anlässen haben wir jedoch den Eindruck gewonnen, daß die Sowjetunion gegen handelspolitische, also handelsvertragsähnliche Vereinbarungen keine Einwendungen hätte.

Nun wurde in diesem Zusammenhang auch vom Abgeordneten Czernetz die Bemerkung gemacht, daß in Kreisen der EWG-Parlamentarier die Meinung vertreten sei, daß Frankreich keiner Regelung der Beziehungen Österreichs zur EWG zustimmen würde, der nicht auch die Sowjetunion zustimmt.

Meine Damen und Herren! Ich habe bei meinem kürzlichen Aufenthalt in Paris anlässlich der Europaratstagung keine derartigen Feststellungen gemacht. Ich habe noch gestern abend, anlässlich des Empfanges hier im Hohen Hause, Gelegenheit gehabt, mit dem französischen Botschafter darüber zu sprechen, wobei mir dieser nachdrücklich erklärte, daß Frankreich seine eigene Außenpolitik mache und sich in der Frage der österreichischen EWG-Bemühungen keineswegs an die Meinung anderer Staaten halte. — Soviel, meine Damen und Herren, zur Frage der EWG.

Ich darf also zusammenfassen: Es finden derzeit Beamtenverhandlungen, also explorative Gespräche, in Brüssel über ein präferenzielles Handelsabkommen mit Österreich statt. Erst wenn diese Erkundungsgespräche, die den Inhalt eines solchen Zwischenarrangements zur Erleichterung unserer Exportwirtschaft zum Gegenstand haben, abgeschlossen sind, können Verhandlungen über ein solches Arrangement aufgenommen werden.

Nun noch ein Wort zu dem anderen Fragenkomplex, der gestern von Abgeordneten Czernetz vorgebracht wurde, nämlich die Frage der europäischen Sicherheitskonferenz. Ich glaube, daß über diese Frage in der Vergan-

genheit bereits sehr viel gesprochen und geschrieben wurde. Ich kann annehmen, daß auch der Standpunkt der Bundesregierung zu dieser Frage bekannt ist. Ich darf ihn trotzdem wiederholen: Österreich steht der Konferenz positiv gegenüber, ist allerdings der Meinung, daß die Konferenz gründlich vorbereitet werden muß und alle interessierten Staaten daran teilnehmen können.

Was die Frage der Teilnahme betrifft, so halten wir diese für geklärt. Es ist jetzt schon klargeworden, daß die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten keinen Einwand gegen die Teilnahme der USA und Kanadas haben, sofern die DDR als gleichberechtigter Partner teilnimmt. Da auch die deutsche Bundesregierung der Teilnahme der DDR zugestimmt hat, stellt diese Frage also kein Problem mehr dar.

Was die Vorbereitung der Tagesordnung betrifft, so bestehen hier nach wie vor Meinungsverschiedenheiten. Während der Osten eine möglichst globale Tagesordnung wünscht — es ist bekanntlich eine 2-Punkte-Tagung vorgeschlagen worden —, wünscht der Westen eine detaillierte Tagesordnung unter Aufzählung aller Punkte, die bei einer solchen Konferenz behandelt werden sollten. Der Westen möchte vermeiden, daß man in eine Konferenz geht, von der man nicht weiß, welches Resultat sie erzielen wird.

Es ist also das Bestreben des Westens, eine möglichst detaillierte Tagesordnung mit dem Osten zu vereinbaren.

Wir haben uns in dieser Frage bisher im Konsultationsweg mit den in Betracht kommenden Regierungen in Verbindung gesetzt, und ich glaube, daß wir — vor allem auch was die Vorbereitung der Tagesordnung betrifft — nützliche Dienste erweisen können. Es besteht kein Zweifel, daß hier noch Meinungsverschiedenheiten zwischen Ost und West bestehen. Andererseits aber ist nicht zu leugnen, daß eine deutliche Tendenz auf beiden Seiten spürbar ist, durch eine Einigung über die Tagesordnung und eine entsprechende Unterstützung der Konferenz zu einer Entspannung beizutragen.

Ich darf betonen, daß wir weiterhin auf der bisher verfolgten Linie vorgehen werden, weil ich der Meinung bin, daß Österreich alle Bemühungen unterstützen sollte, die zu einer Entspannung führen. Denn, meine Damen und Herren, gerade wir, die wir uns in einer schwierigen geopolitischen Lage befinden, an der Grenzlinie der zwei großen machtpolitischen Gruppierungen, müssen an einer internationalen Entspannung besonders interessiert sein.

Bundesminister Dr. Waldheim

Ich darf Sie versichern, daß es in der Vergangenheit stets das Anliegen der Bundesregierung war, diese Bestrebungen — bei aller nüchternen Einschätzung der Gegebenheiten — zu unterstützen, und wir werden auch in Zukunft alles tun, um diese Entspannungspolitik fortzusetzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Fröhbauer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Fröhbauer (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der großen zweitägigen Südtiroldebatte erlaube ich mir, die Damen und Herren des Hohen Hauses noch einmal auf ein Problem aufmerksam zu machen, das seit 1947, als das erste Mal die Forderungen der Kärntner Grenzbauern offiziell angemeldet wurden, hinter dem großen Südtirolproblem seitens der Italiener zurückgestellt worden ist.

Die vom Herrn Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten auf verschiedene Anfragen ergangene Mitteilung, daß spätestens bis 15. Jänner 1970 mit Italien die Vermögensverhandlungen wiederaufgenommen werden, führte dazu, daß die Vertreter der geschädigten Gruppen — es handelte sich hier um die enteigneten Kärntner Grenzbauern, um die enteigneten Privatgrundeigentümer am Goggauer Sattel und um den Bund der Kanaltaler in Österreich, die als Sprecher für die seinerzeit umgesiedelten Kanaltaler auftreten — bei mir als Abgeordnetem des Villacher Bezirkes vorsprachen. Die Vertreter haben auch den einzelnen Fraktionen des Hohen Hauses und dem Herrn Bundeskanzler in einer Schrift ihre Vorstellungen vorgelegt.

Um was geht es im konkreten? 30 Jahre sind es her, daß die faschistische italienische Regierung im kärntnerisch-italienischen Grenzgebiet zur Errichtung eines Befestigungsgürtels unter Verletzung des Schutzübereinkommens vom 24. Juni 1925 zehn Gailtaler Agrargemeinschaften mit über 1000 Hektar der durch den Friedensvertrag von Saint-Germain an Italien gefallen, jenseits der Staatsgrenze gelegenen Grundstücke ohne eine den wahren Wert berücksichtigende Entschädigung enteignete.

Im gleichen Jahr wurden in völkerrechtswidriger Weise am Goggauer Sattel Privatgrundstücke österreichischer Staatsbürger von rund 360 Hektar mit einem Scheinentschädigungsbetrag enteignet.

Seit Beendigung des zweiten Weltkrieges versuchte schließlich Italien, eine entschädigungslose Enteignung der seit altersher bestehenden Agrargemeinschaften, die gleichfalls durch das vorerwähnte Schutzübereinkommen geschützt sind, in der Weise durchzuführen,

daß diese Gemeinschaftsbesitzungen nicht als agrargemeinschaftliches Eigentum anerkannt, sondern den Bestimmungen des italienischen Gesetzes vom 16. 6. 1927, betreffend die *usi civici*, unterworfen werden.

Durch diese widerrechtlichen italienischen Maßnahmen sind den betroffenen österreichischen Staatsbürgern Schäden von mehreren hundert Millionen Schilling entstanden. Es handelt sich um diese 10 Agrargemeinschaften und 76 Privatbesitzer.

Die Übertragung der Grundstücke erfolgte an die mit königlichem Dekret vom 8. 9. 1921 als Körperschaft öffentlichen Rechtes anerkannte „Ente della rinascita agraria per le Tre Venezie“, der mit königlichem Dekret vom 7. 1. 1937 das Recht auf Übertragung von Liegenschaften eingeräumt wurde, wem immer sie gehören mögen. Dieses königliche Dekret wurde in späterer Folge mit Gesetz vom 27. 11. 1939 umgewandelt in die „Ente Nazionale per le Tre Venezie“ und mit schärferen Enteignungsbestimmungen ausgestattet.

Diese Gesellschaft konnte nun durch Enteignungsbestimmungen die Übertragung des Eigentums von Liegenschaften ohne Rücksicht darauf, wem sie gehören, durchführen. Eine Entschädigung war vorgesehen, doch wurde diese in einer solchen Höhe angesetzt, daß es für die Enteigneten unzumutbar war, angenommen zu werden.

Als Beispiel kann man hier vielleicht den Kolmhofbauer anführen. Dieser Hof mit 32 ha Grund und 4000 m³ stehenden Holzes und allen seinen Baulichkeiten wurde vom Ente mit 144.500 Lire bewertet. Das gleiche Ente verpachtete den Kolmhof schon im Jahre 1940 um einen Jahrespachtzins von 80.000 Lire. Aus dem Ertrag von zwei Pachtjahren hätte man also mehr Geld bekommen, als diese halbstaatliche, vom Faschismus zu Nationalisierungszwecken gestärkte Körperschaft als Enteignungssumme für den Gesamtbesitz zu zahlen bereit war.

Der Kärntner Landtag, die Kärntner Landesregierung, Abgeordnete zum Nationalrat und die Vertreter der Geschädigten haben wiederholt in der Vergangenheit von der Bundesregierung verlangt, durch Erlassung der im Artikel 14 des Schutzübereinkommens vom Jahre 1925 vorgesehenen Mitteilung an die italienische Regierung eine Regelung des vorliegenden Falles durch Anrufung des Schiedsgerichtes zu erreichen. Soweit es die Privatgrundstücke betrifft, liegt außer Zweifel eine Verletzung des Völkerrechtes vor.

In der Zeit vom 12. bis 16. Dezember 1955 fanden in Rom die ersten Delegationsverhandlungen statt, wo trotz des Beschlusses des Kärntner Landtages vom 18. 11. 1953, durch

14554

Nationalrat XI. GP. — 169. Sitzung — 17. Dezember 1969

Frühbauer

welchen die Realrestitution der Überlandgrundstücke und Schadensgutmachung durch Italien gefordert wurde, durch eine Note des Bundeskanzleramtes — Auswärtige Angelegenheiten nur eine bescheidene Aufwertung der Entschädigung und der Abschluß eines langjährigen Pachtvertrages verlangt wurde.

Wenn trotz dieser ungünstigen Ausgangslage durch die vorliegende Verbalnote kein Abschluß getätigt wurde, der sich äußerst nachteilig auf die geschädigten Grenzbauern ausgewirkt hätte, ist dies dem damaligen Kärntner Delegierten Hofrat Dr. Haller zu danken, der durch energisches Auftreten doch noch erreichen konnte, daß die Kärntner Frage gemäß dem Schutzübereinkommen vom Jahre 1925 einem Schiedsrichterverfahren unterzogen wird, wenn von der österreichischen Bundesregierung eine Mitteilung laut Artikel 14 des Übereinkommens in Italien einlangt.

Eine solche Mitteilung ist, wie schon angeführt, aber nicht ergangen, sodaß italienischerseits das Schutzübereinkommen hinsichtlich seiner Rechtsgültigkeit überhaupt in Zweifel gezogen und bei den Verhandlungen im Jahre 1966 die Gültigkeit dieses Schutzübereinkommens sogar bestritten wurde.

Durch die indirekte Anerkennung des Schutzübereinkommens vom 24. 6. 1925 durch das als Staatsvertrag in der „Gazetta Ufficiale“ vom 4. 1. 1967 verlautbarte Gesetz vom 23. 11. 1966, betreffend das Florentiner Übereinkommen — es handelt sich hier um die Grenzgrundstücke italienischer Staatsbürger, die innerhalb der Gemeinde Uggovitz liegen —, das im Artikel 12 ausdrücklich auf das Schutzübereinkommen vom 24. 6. 1925 Bezug nimmt, hat sich die bisherige Lage zugunsten der Kärntner Grenzbauern geändert.

Die geschädigten Kärntner erwarten von der Bundesregierung, daß die Verhandlungen im Jänner 1970 nicht auf der Basis des bisherigen Feilschens um die von Italien zuletzt angebotene Entschädigungssumme von 15 Millionen Schilling und der dieser gegenüberstehenden Forderung Österreichs mit 60 Millionen Schilling fortgesetzt werden.

Nach dem Verkehrswert durchgeführte Ermittlungen der Sachverständigen haben schon im November 1965 einen reinen Entschädigungsbetrag von 58 Millionen Schilling ergeben, zu dem noch ein Nutzungsentgang von 24 Millionen Schilling käme.

Bei einer Forderung von nur 60 Millionen Schilling wäre das Ente somit in der Lage, die Entschädigung aus den jetzt schon 30 Jahre laufenden Einnahmen abzudecken. Überdies müßten zu den 58 Millionen Schilling auch

noch die entsprechenden Zinsentgänge für die 30jährige Inanspruchnahme gefordert werden, sodaß eine Gesamtsumme von 146 Millionen Schilling als Forderungssumme entsteht.

Wie stellen sich die geschädigten Kärntner Grenzbauern nun die weiteren Verhandlungen und Schritte der Bundesregierung vor? Sofortige Aufnahme der Verhandlungen unter Ausscheidung der bei den vom 14. bis 25. 1. 1953 in Rom geführten Globalverhandlungen mitbehandelten Punkte. Es sind dies die Punkte: Extrarelieff und alte Südbahnpensionen, italienische Güter, die während des Krieges aus Italien verbracht und in Österreich aufgefunden wurden, österreichische Erben nach italienischen Erblassern mit Entschädigungsansprüchen wegen in Jugoslawien erlittener Vermögensverluste, Kriegsschäden österreichischer Staatsangehöriger in Italien, Guthaben von 160 Millionen Lire der DUT, österreichisch-italienisches Diplomatenclearing und Vermögensschäden österreichischer Staatsbürger infolge der Umsiedlung.

Bei den agrargemeinschaftlichen Grundstücken wäre unter Bedachtnahme auf die Tatsache, daß diese Grundstücke für die Kärntner Wirtschaft unentbehrlich sind, auf eine Naturalrestitution zu drängen.

Bei den Privatgrundstücken am Goggauer Sattel könnte allenfalls von einer Naturalrestitution Abstand genommen werden, wenn für diese eine Entschädigung zum vollen Verkehrswert des Jahres 1969 mit Wertsicherung und eine entsprechende Verzinsung für die 30jährige Inanspruchnahme geleistet wird.

Den Kanaltalerumsiedlern wäre für die mit ihren Liegenschaften verbundenen Agrargemeinschaftsanteilsrechte sowie Wald- und Weideservitutsrechte eine angemessene, durch Sachverständige zu ermittelnde Entschädigung im derzeitigen Wertverhältnis zu leisten.

Ich darf abschließend nur noch darauf hinweisen, daß im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um das Paket und um den Operationsplan für Südtirol diese Frage der Kärntner Grenzbauern auch in den „Dolomiten“ angeschnitten wurde, und zwar in der Ausgabe vom 15. und 16. November 1969. Es wird dort „ein Fall aufgezeigt, der über 30 Jahre zurückliegt“. Es heißt: „Wenngleich er nicht unsere Leute beziehungsweise unser Land betrifft, verdient er trotzdem unsere ganze Aufmerksamkeit und unser Interesse. Erstens einmal, weil es sich um deutschsprachige Grenzbewohner — die Kanaltaler — handelt, die der gleichen politischen Unterdrückungs- sowie Entnationalisierungspolitik unter dem Faschismus wie die Südtiroler ausgesetzt waren und dann in die Stampfmühlen

Frühbauer

der Optionen des Jahres 1939 geraten sind. Und zweitens, weil man daraus ersehen kann, wie wenig das demokratische Italien bereit ist, faschistisches Unrecht auch in finanzieller Hinsicht wiedergutzumachen."

Ich darf im Gegensatz zu diesen Befürchtungen der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die in Aussicht genommenen Verhandlungen im Hinblick darauf, daß diese ja mit einem Land des Westens geführt werden, in dem Privatbesitz geachtet und unantastbar sein soll, das Eigentumsprinzip hochgehalten wird, im Gegensatz zu den schwierigen Verhandlungen mit den Oststaaten, erfolgreich geführt werden und daß damit die langjährigen Bemühungen der Kärntner Abgeordneten — ich darf hier besonders meinen Parteifreund Populorum erwähnen — und der Kärntner Landesregierung sowie der Wortführer der Geschädigten eine Belohnung finden und die seit 30 Jahren auf die Rückgabe beziehungsweise gerechte Entschädigung Wartenden endlich zu ihrem Recht gelangen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr

Spezialberichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Damit ist die Aussprache über die Beratungsgruppe III beendet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe III. Diese umfaßt Kapitel 20: Äußeres.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. **A n g e n o m m e n.**

Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Mittwoch, den 17. Dezember, 9 Uhr 40 — also in 5 Minuten — mit folgender Tagesordnung ein:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1388 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1970 (1462 der Beilagen). Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XIII. Diese umfaßt Kapitel 64: Bauten und Technik.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 9 Uhr 35 Minuten